



Schlechte Stimmung der Unternehmen verfestigt sich

DIHK-Konjunkturumfrage Jahresbeginn 2024

 **Gemeinsam Wirtschaft Stärken**

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Inhalt

Wesentliche Ergebnisse	3
Aktuelle Geschäftslage der Unternehmen.....	4
Geschäftserwartungen der Unternehmen.....	7
Geschäftsrisiken der Unternehmen.....	11
Exportserwartungen der Industrieunternehmen	15
Investitionsabsichten der Unternehmen.....	18
Aktuelle Finanzierungssituation der Unternehmen	21
Beschäftigungsabsichten der Unternehmen.....	25
DIHK-Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	28

Impressum

Deutsche Industrie- und Handelskammer

Herausgeber und Copyright

© Deutsche Industrie- und Handelskammer

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

DIHK Brüssel

Vertretung der Deutschen Industrie- und Handelskammer bei der Europäischen Union

19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon : +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

DIHK Online

[Homepage](#) | [Facebook](#) | [X \(Twitter\)](#) | [LinkedIn](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

Redaktion: Dr. Kathrin Andrae, Dr. Sven Hallscheidt, Dr. Stefan Hardege, Carolin Herweg, Dr. Niclas Wenz, Dr. Jupp Zenzen

Grafik: Friedemann Encke, Sebastian Titze, DIHK

Stand: Februar 2024

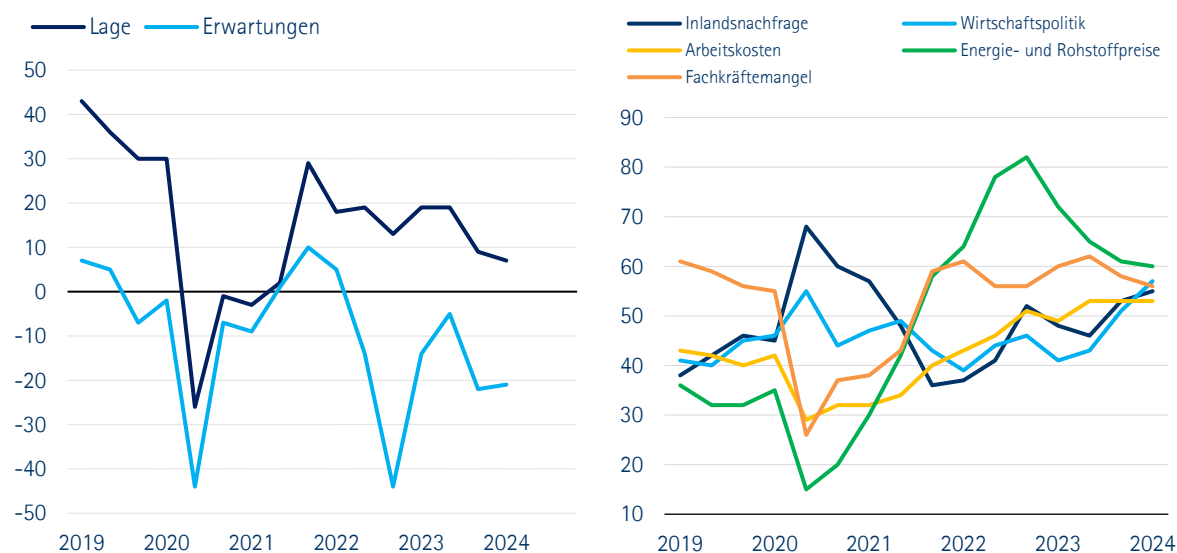
Weitere Ergebnisse, den Fragebogen sowie Hinweise zur Methodik der Umfrage finden Sie unter www.dihk.de/konjunktur

Wesentliche Ergebnisse

- Die **schlechte Stimmung der Unternehmen verfestigt sich**.
- Die **Geschäftserwartungen** bleiben düster. Über ein Drittel aller Unternehmen (gleichbleiben 35 Prozent) haben negative Geschäftserwartungen für die kommenden zwölf Monate. Nur jeder siebte (14 Prozent nach zuvor 13 Prozent) rechnet mit besseren Geschäften. Im Saldo steigen die Geschäftserwartungen damit nur geringfügig um einen auf minus 22 Punkte.
- Ihre aktuelle **Geschäftslage** bewerten die Unternehmen noch leicht positiv: 29 Prozent (nach zuvor 30 Prozent) bezeichnen das aktuelle Geschäft als „gut“, 21 Prozent (nach zuvor 22 Prozent) als „schlecht“. Der Saldo der Lagebewertung sinkt erneut von neun auf sieben Punkte. Das liegt deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 21 Punkten.
- Entgegen dem Trend der Gesamtwirtschaft entwickeln sich jedoch international tätige, größere Unternehmen (**mehr als 1.000 Beschäftigte**): Hier steigt der Saldo der Lagebewertung von 16 auf 23 Punkte. Die Erwartungen hellen sich auch deutlich auf und verbessern sich im Saldo um sieben auf immerhin null Punkte. Sie profitieren von **deutlich verbesserten Exporterwartungen**, angesichts einer überraschend resilienten Entwicklung der Weltwirtschaft: Der Saldo der Exporterwartungen von exportierenden Industrieunternehmen ab 1.000 Beschäftigten steigt um 14 auf 23 Punkte. Dagegen hellen sich die Exporterwartungen der gesamten Exportindustrie weniger stark auf und sind noch überwiegend pessimistisch (Saldo steigt um acht auf minus sieben Punkte).
- Die Risiken und Unsicherheiten bleiben hoch. Unternehmen kreuzen im Schnitt mehr als drei (3,1) von insgesamt acht verschiedenen **Geschäftsrisiken** an. Noch vor der Pandemie waren es im Durchschnitt 2,4.
- Jeweils weit mehr als die Hälfte nennt als die größten Geschäftsrisiken die Energie- und Rohstoffpreise (aktuell 60 Prozent nach 61 Prozent im Herbst 2023), die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (57 Prozent nach zuvor 51 Prozent), den Fachkräftemangel (56 Prozent nach 58 Prozent), die Inlandsnachfrage (55 Prozent nach 53 Prozent) sowie Arbeitskosten (gleichbleibend 53 Prozent, Höchststand).
- Mehr als 7.600 Unternehmen haben bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen von der Möglichkeit der Freitextantworten Gebrauch gemacht. Dabei ist das mit Abstand am häufigsten genannte Stichwort die **„Bürokratie“**. Etwa 41 Prozent der Freitextantworten beinhalten Bürokratie-Themen, in der Vorumfrage waren es noch „nur“ 38 Prozent.
- **Prognose:** Angesichts der insgesamt trüben Aussichten und des schwachen Jahresbeginns rechnet die DIHK auch in diesem Jahr mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,5 Prozent. Das wäre erst die zweite Phase mit zwei aufeinanderfolgenden Rezessionsjahren in der deutschen Nachkriegsgeschichte (zuletzt 2002/2003).

Schlechte Stimmung verfestigt sich

Geschäftslage: Saldo aus gut minus schlecht-Meldungen; Geschäftserwartungen: Saldo aus besser minus geringer-Meldungen, Risiken Anteil der Nennungen in Prozent



Aktuelle Geschäftslage der Unternehmen

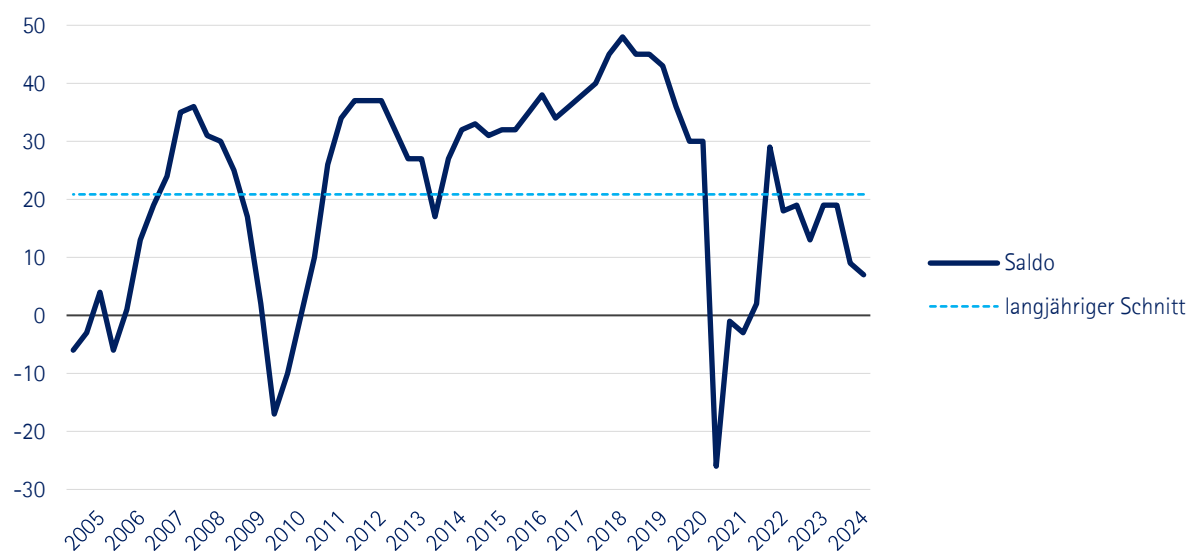
Die Stimmung der Wirtschaft hat sich weiter verschlechtert. Zwar bewerten die Unternehmen ihre Geschäftslage immer noch überwiegend positiv, aber der Abwärtstrend ist ungebrochen. Die Rezession im vergangenen Jahr, anhaltend hohe Kosten für Energie, Finanzierung, aber auch Personal gepaart mit Fachkräftemangel und enormen bürokratischen Lasten hinterlassen ihre Spuren. Die Verunsicherung der Unternehmen wächst.

Immerhin fast drei von zehn Unternehmen (29 Prozent nach zuvor 30 Prozent) bewerten die aktuelle Geschäftslage als „gut“. Hingegen ist der Anteil der Betriebe, die ihre Lage mit „schlecht“ bewerten, von 21 Prozent auf 22 Prozent geringfügig angestiegen. Der Saldo der Lagebewertung sinkt damit von neun auf nunmehr sieben Punkte. Das liegt merklich unter dem langjährigen Durchschnitt von 21 Punkten. Diese Eintrübung zieht sich fast durch die gesamte Wirtschaft.

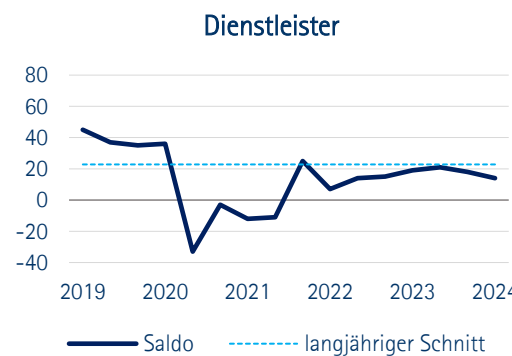
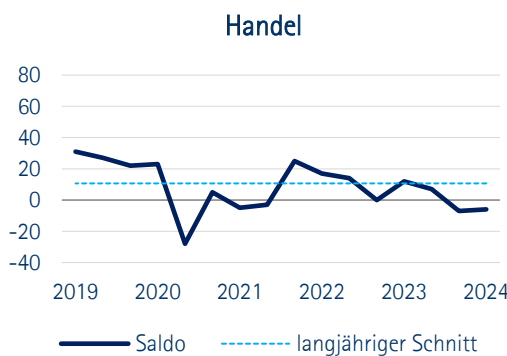
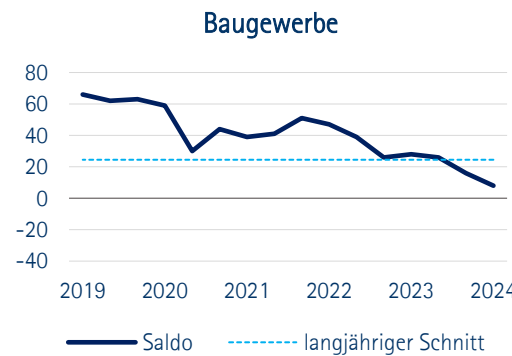
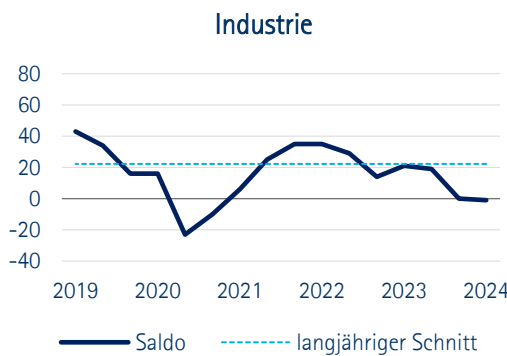
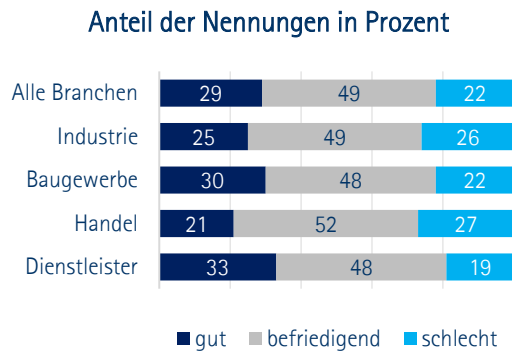
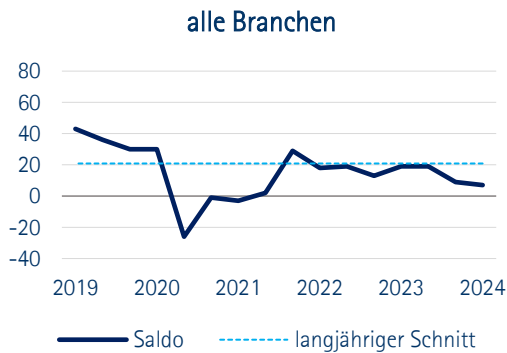
Ein Blick auf die Unternehmensgrößen zeigt, dass die Lageeintrübung insbesondere kleine und mittelgroße Betriebe (KMU) betrifft, bei größeren Mittelständlern und Großunternehmen hellt sich das Geschäft hingegen etwas auf: Nach einer deutlichen Verschlechterung der Geschäftslage in der Vorumfrage, verbessert sich der der Saldo bei Mittelständlern mit 200 bis 999 Beschäftigten wieder leicht von neun auf zwölf Punkte. Bei Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten steigt der Saldo von 16 auf 23 Punkte. KMU mit bis zu 199 Beschäftigten dagegen verzeichnen eine Lageverschlechterung von im Saldo neun Punkten in der Vorumfrage auf nun fünf Punkte.

Die Stimmung in der **Industrie** ist geringfügig schlechter im Vergleich zum Herbst 2023. Der Anteil der Betriebe, die ihre Geschäftslage als „schlecht“ bezeichnen ist mit 26 Prozent unverändert. Während allerdings nur noch 25 Prozent der Industriebetriebe von einer guten Lage sprechen (zuvor 26 Prozent). Der Saldo sinkt minimal auf minus einen Punkt. Er liegt damit weit unter dem langjährigen Schnitt von 22 Punkten. In der Industrie verharren Neuaufträge weiterhin auf einem niedrigen Niveau, während die Kosten für Energie und Rohstoffe, Vorleistungen, Kredite oder Löhne hoch oder sogar noch weiter gestiegen sind. Dazu kommen noch Unsicherheiten bei den Lieferketten, eine zunehmend als Hemmnis empfundene Bürokratie, die schwache Inlandsnachfrage und der andauernde Fachkräftemangel.

Geschäftslage der Unternehmen (Saldo aus gut minus schlecht-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Geschäftslage der Unternehmen (Saldo aus gut minus schlecht-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Bei den Unternehmen der häufig energieintensiven **Vorleistungsgüterproduzenten** ist die Lage nochmals trüber als in der gesamten Industrie. Die nach wie vor hohen Energiepreise treffen die Wettbewerbsfähigkeit der Branche. Zudem drückt die Schwäche der gesamten Industrie auch die Auftragslage der Vorleister. Der Saldo der Geschäftslage setzt seinen Abwärtstrend fort und sinkt geringfügig um einen auf minus 14 Punkte. Besonders negativ stellt sich dabei die Lage im Papiergewerbe (Saldo minus 34 nach zuvor minus 35 Punkte), in der Metallherstellung und -bearbeitung (Saldo minus 26 nach zuvor minus 16 Punkte) sowie im Bereich Glas, Keramik und Steineverarbeitung (Saldo minus 24 nach zuvor minus 18 Punkte) dar. Etwas weniger schlecht ist die Lage bei den Herstellern von Elektrischer Ausrüstung (Saldo ein Punkt nach zuvor fünf Punkten).

Die Investitionsneigung gerade im Inland tritt auf niedrigem Niveau auf der Stelle, hinzu kommt die schleppende Weltkonjunktur, die bei den **Investitionsgüterherstellern** eine verhaltene Nachfrage zur Folge hat. Zunächst erscheint der positive Lagesaldo von 13 Punkten gut. Im Vergleich zur Vorumfrage bleibt die Stimmung immerhin konstant. Allerdings mit Blick auf die vergangenen drei Jahre haben sich die Geschäfte spürbar verschlechtert und liegen deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 28 Punkten. Auch in den einzelnen Branchen der Investitionsgüterhersteller ändert sich die Lageeinschätzung im Vergleich zum Herbst 2023 nur leicht: Im Kraftfahrzeugbau (Saldo 13 Punkte nach zuvor sieben Punkte) und in der Elektrotechnik (Saldo acht Punkte nach zuvor sechs Punkten) verbessert sich die Lage leicht. Im Maschinenbau laufen die Geschäfte etwas schlechter als in der Vorumfrage (Saldo zehn Punkte nach zuvor 14 Punkte).

Die anhaltende Konsumzurückhaltung belastet das Geschäft der **Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten**. Die Lageeinschätzung sinkt geringfügig um zwei auf minus einen Saldopunkt. Besonders in der Getränkeindustrie verschlechtert sich die Lageeinschätzung (Saldo minus neun nach zuvor minus zwei Punkte). Dagegen stabilisiert sich aufgrund der gesunkenen Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte die Lage in der Nahrungs- und Futtermittelindustrie. Der Saldo steigt mithin von zwei auf 15 Punkte. Das liegt nur noch leicht unter dem langjährigen Schnitt von 18 Punkten.

Konsumzurückhaltung und die gestiegenen Preise spürt der **Handel** auch zum Jahresbeginn 2024 in den Kassen. Zudem werden auch Personalkosten zunehmend zur Belastung. Wieder schätzt etwa einer von fünf Händlern seine Geschäftslage als „gut“ ein (21 Prozent nach zuvor 20 Prozent). Der Anteil derjenigen mit einer negativen Lagebeurteilung bleibt mit 27 Prozent unverändert. Der Saldo der Lagewertung verbessert sich damit geringfügig um einen auf minus sechs Punkte. Den Einzelhandel belastet die geringe Konsumlaune der Verbraucher. Die Nominallohnsteigerungen der letzten Monate schlagen sich noch nicht in einem realen Umsatzplus im Einzelhandel nieder. Daher steigt der Saldo der Lagebewertung nur von minus neun auf minus acht Punkte. Die Großhändler sind weiterhin von hohen Einkaufspreisen betroffen. Zudem bauen ihre Kunden aus der Industrie und dem Baugewerbe aktuell eher ihre Vorräte ab, anstatt neue Ware zu bestellen. Die Lageeinschätzung im Großhandel bleibt überwiegend negativ. Der Saldo steigt nur gering um zwei auf minus sieben Punkte.

Stark gestiegene Bauzinsen und nach wie vor hohe Preise für Baumaterialien trüben im **Baugewerbe** die Geschäftslage ein. Nur noch drei von zehn der Bauunternehmen (30 Prozent nach zuvor 34 Prozent) gelangen zu einer positiven Lageeinschätzung. Mehr als ein Fünftel spricht mittlerweile von einer schlechten Lage (22 Prozent nach zuvor 18 Prozent). Der Saldo aus guten und schlechten Lagebeurteilungen sinkt damit von 16 auf nun acht Punkte. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Baubranchen sind allerdings beachtlich. Aufgrund des Einbruchs der Aufträge im Wohnungsbau setzt sich der Abwärtstrend im Hochbau fort. Der Saldo sinkt hier von null auf minus sieben Punkte. So niedrig war der Wert zuletzt während der Finanzkrise im Frühsommer 2009. Im Tiefbau und im Ausbaugewerbe, wo sich die Auftragslage z.B. aufgrund von Infrastrukturprojekten und des Bedarfs nach energetischer Sanierung besser darstellt, ist die Lageeinschätzung noch immer überwiegend positiv (Saldo von 19 nach zuvor 29 Punkten bzw. Saldo von 24 nach zuvor 33 Punkten).

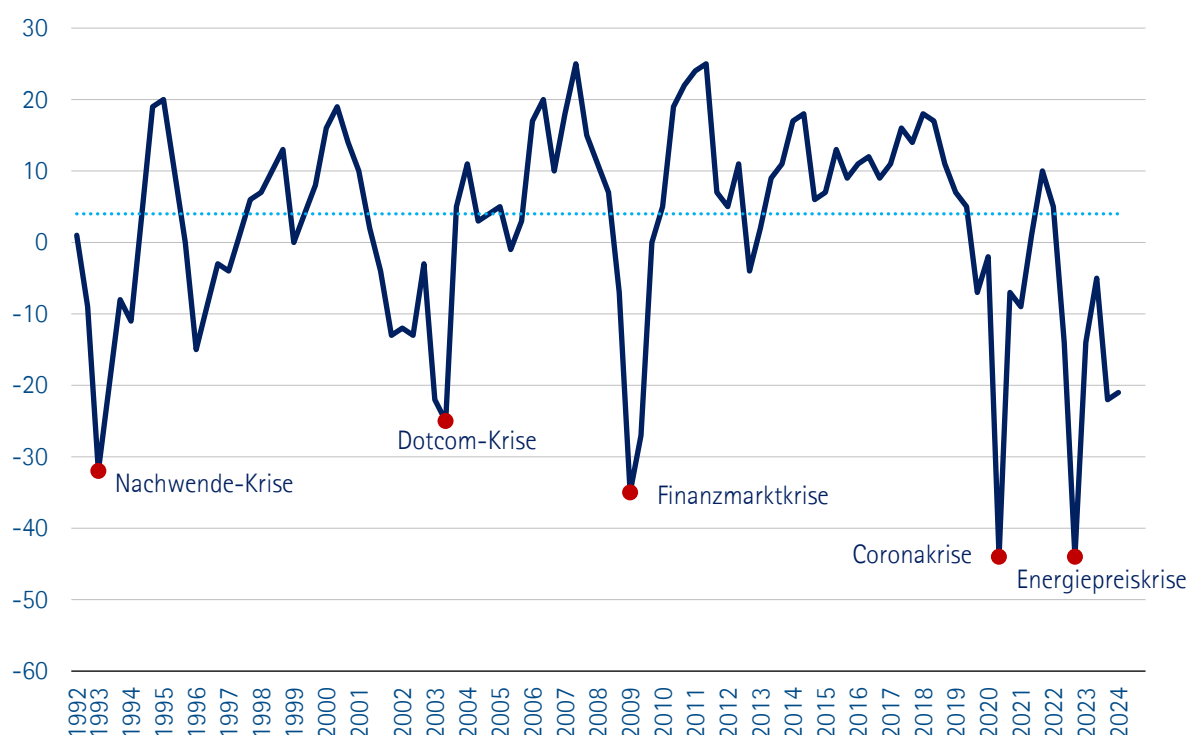
Der **Dienstleistungssektor** weist zwar im Vergleich der Wirtschaftszweige die beste Geschäftslage aus, aber: Ein Drittel der Unternehmen bewerten ihre aktuelle Lage weiterhin als „gut“ (33 Prozent nach zuvor 35 Prozent), 19 Prozent (nach zuvor 17 Prozent) als „schlecht“. Der Saldo sinkt um vier auf 14 Punkte, und liegt damit unter dem langjährigen Durchschnitt von 23 Punkten. Der im Vergleich zu den anderen Hauptsektoren hohe Wert geht unter anderem auf die überwiegend unternehmensbezogenen Dienstleister zurück. Die Lageeinschätzung liegt mit einem Saldo von gleichbleibend 24 Punkten nur leichter unter dem langjährigen Durchschnitt (31 Punkte). Die deutsche Wirtschaft treibt die Digitalisierung voran, um den allgegenwärtigen Krisen und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Davon profitieren insbesondere die IT-Dienstleister. Der Lagesaldo steigt in der IT-Branche um sechs auf 32 Punkte. Auch die Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter berichten von anhaltend guten Geschäften. Die Branche profitiert von einem Post-Corona-Nachholbedarf. 2023 war bei vielen großen Messen zudem, das erste Jahr nach der Pandemie, in dem wieder ein komplettes Messeprogramm stattfinden konnte. Der Saldo der Geschäftslage steigt hier um vier auf 30 Punkte. Entgegen dem Stabilisierungstrend im Herbst 2023 trübt sich die Stimmung im Gastgewerbe nun deutlich ein. Die Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe spüren nicht nur die Konsumzurückhaltung, sondern auch das Auslaufen der reduzierten Mehrwertsteuer sowie gestiegene Kosten bei Energie, Material oder auch Personal. Entsprechend sinkt der Saldo der Geschäftslage um deutliche 26 auf minus vier Punkte. Das liegt erheblich unter dem langjährigen Schnitt von zehn Punkten. Einen Lichtblick hingegen verzeichnen die Reisevermittler. Hier wirken ebenfalls immer noch die Nachholeffekte der Corona-Zeit. Trotz schwieriger Wirtschaftslage wird bei Urlaubsreisen weiterhin kaum gespart – der Saldo notiert über die vergangenen drei Umfragen konstant bei 36 Punkten. Im Dienstleistungssektor sind hingegen die Verkehrsunternehmen besonders gebeutelt. Im Bereich Verkehr und Lagerei schlagen neben der deutlichen Erhöhung der LKW-Maut, auch zahlreiche Engpässe in der Schienen- und Straßeninfrastruktur oder der Fachkräftemangel, z.B. bei Fahrern, zu Buche. Der Saldo der Lagebewertung sinkt deutlich von minus zwei auf minus zehn Punkte.

Geschäftserwartungen der Unternehmen

Die Geschäftserwartungen der Unternehmen bleiben düster, ihre Verunsicherung bleibt groß. Eine schwache Konjunktur im Inland und strukturelle Probleme wie Fachkräftemangel, steigende Arbeitskosten und weiterhin hohe Energie- und Rohstoffpreise bereiten den Unternehmen große Sorgen. Zusätzlich erweisen sich unsichere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen als zunehmender Hemmschuh für viele Betriebe. Immerhin: Die Weltkonjunktur läuft zwar schleppend, aber besser als erwartet und sorgt in der Exportwirtschaft für etwas weniger trübe Aussichten. Entsprechend überwiegt die Zahl der Unternehmen mit negativen Geschäftserwartungen weiterhin deutlich die Zahl derjenigen mit positiven Erwartungen. Mehr als ein Drittel der Unternehmen (gleichbleibend 35 Prozent) geht davon aus, dass sich ihr Geschäft in den nächsten zwölf Monaten verschlechtern wird. Wie in der Vorumfrage rechnet nur rund jeder siebte (14 Prozent nach zuvor 13 Prozent) mit besseren Geschäften. Im Saldo verbessern sich die weiterhin sehr negativen Erwartungen damit nur minimal um einen auf minus 21 Punkte.

Bezogen auf die Unternehmensgröße entwickeln sich die Geschäftserwartungen unterschiedlich. Größere und Unternehmen profitieren besonders von der erstaunlichen Resilienz der Weltkonjunktur und haben daher nicht nur optimistische Exporterwartungen, sondern auch insgesamt bessere Geschäftserwartungen als kleinere Betriebe. Während bei kleinen und mittleren Unternehmen mit weniger als 200 Beschäftigten der Saldo der Geschäftserwartungen gleichbleibend bei minus 24 Punkten liegt, hellen sich die Erwartungen bei Unternehmen mit 1.000 und mehr Beschäftigten doch deutlich auf und verbessern sich im Saldo um sieben auf null Punkte.

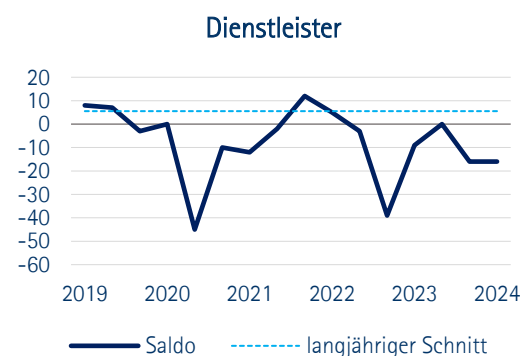
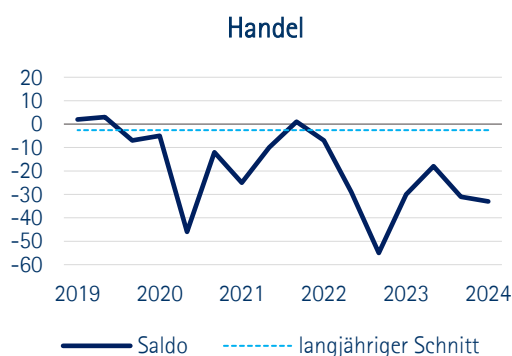
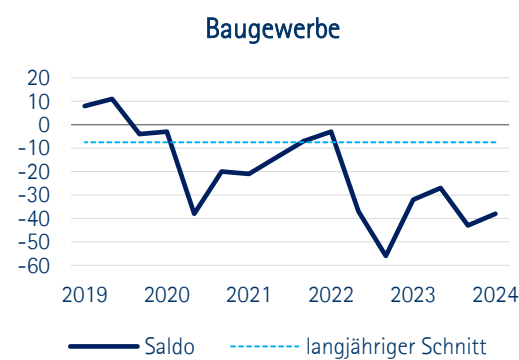
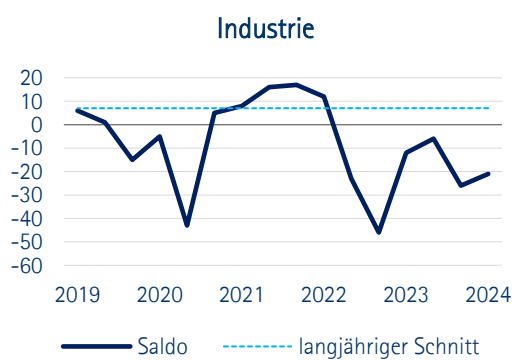
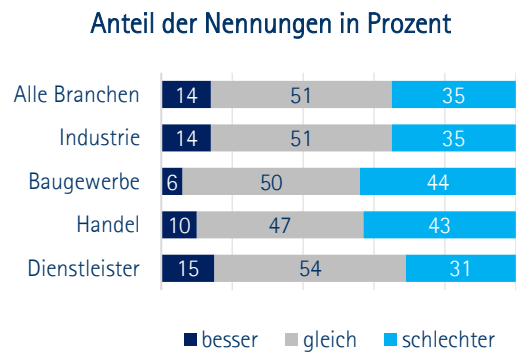
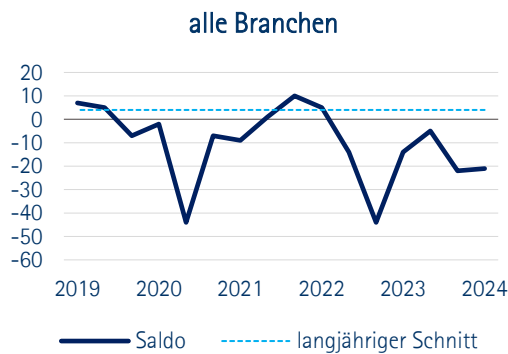
Geschäftserwartungen der Unternehmen (Saldo in Punkten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Die **Industrieunternehmen** sind angesichts der anhaltenden konjunkturellen Schwächephase zunehmend um die Inlandsnachfrage besorgt. Zudem fühlen sich immer mehr von überbordender Bürokratie gehemmt. Das Geschäftsrisiko wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen springt erneut auf einen neuen Höchststand (58 Prozent nach zuvor 51 Prozent). Gleichzeitig bleiben auch hohe Energiepreise, Arbeitskosten und der Fachkräftemangel drängende Probleme für viele Industriebetriebe. Hoffnungsschimmer ist lediglich die Aussicht auf ein besseres Exportgeschäft. Die Geschäftserwartungen der Unternehmen bleiben insgesamt auf einem ähnlich pessimistischen Niveau wie in der Vorumfrage im Herbst 2023: Mehr als ein Drittel (35 Prozent nach zuvor 39 Prozent)

Geschäftserwartungen der Unternehmen

(Saldo aus besser minus schlechter-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



rechnet mit einer Verschlechterung seiner Geschäfte. Der Anteil mit positiven Erwartungen steigt minimal auf 14 Prozent (zuvor 13 Prozent). Der Saldo verbessert sich nur leicht um fünf auf minus 21 Punkte. Er liegt damit weiterhin sehr deutlich unter dem langjährigen Schnitt von sieben Punkte!

Den häufig energieintensiven **Vorleistungsgüterherstellern** setzen die nach wie vor hohen Energiepreise besonders stark zu. Gleichzeitig drückt auch die schwache Industriekonjunktur auf die Nachfrage nach Vorleistungen. So liegt das Risiko der Inlandsnachfrage mit 71 Prozent nur knapp unter einem Höchststand (74 Prozent). Zwei von fünf Unternehmen (40 Prozent nach zuvor 43 Prozent) rechnen in den kommenden zwölf Monaten mit einer Verschlechterung der Geschäfte. Nur jeder siebte Betrieb (14 Prozent nach zuvor elf Prozent) geht von einer Verbesserung aus. Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen verbessert sich leicht um sechs auf minus 26 Punkte. Besonders schlecht bleibt die Stimmung dabei bei den Unternehmen aus dem Bereich Glas, Keramik und Steineverarbeitung (Saldo von minus 49 nach zuvor minus 56 Punkten). Im Vergleich der Branchen etwas weniger pessimistisch sind die Erwartungen in der chemischen Industrie (Saldo von minus zehn nach zuvor minus 16 Punkten) und bei den Herstellern von elektrischer Ausrüstung (Saldo von minus sieben nach zuvor minus 13 Punkten).

Bei den Herstellern von **Investitionsgütern** verbessert sich die Stimmung nur geringfügig. Auch hier belasten hohe Energie- und Rohstoffpreise und eine schwächelnde Nachfrage die Geschäfte. Die Neuaufträge sind rückläufig und Auftragsbestände schmelzen langsam, aber kontinuierlich ab. Knapp ein Drittel der Betriebe rechnet mit schlechteren Geschäften in den nächsten zwölf Monaten (32 Prozent nach zuvor 35 Prozent). Gleichbleibend 16 Prozent gehen von einer Verbesserung aus. Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen steigt nur geringfügig um drei auf minus 16 Punkte. Leichte Verbesserungen auf sehr niedrigem Niveau gibt es in der Elektrotechnik (Saldo von minus sechs nach zuvor minus zehn Punkten) und im Maschinenbau (Saldo von minus 19 nach zuvor minus 24 Punkten). Im Kraftfahrzeugbau gehen die Erwartungen hingegen nochmals deutlich zurück. Die Branche steckt mitten in einem Transformationsprozess. Zudem dämpft auch die kurzfristige Streichung der Kaufprämie bei Elektrofahrzeugen Ende des letzten Jahres die Erwartungen. Der Saldo fällt nochmals deutlich um neun auf nunmehr minus 33 Punkte.

Bei den Herstellern von **Ge- und Verbrauchsgütern** bessern sich die Erwartungen ebenfalls geringfügig, die Stimmung insgesamt bleibt jedoch pessimistisch. Die schwache Konsumnachfrage gepaart mit nach wie vor hohen Energie- und Rohstoffpreisen sowie Sorgen vor steigenden Arbeitskosten belasten das Geschäft. Ein Drittel der Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten (33 Prozent nach zuvor 34 Prozent) geht von einer Verschlechterung aus. Nur 15 Prozent (nach zuvor zwölf Prozent) rechnen mit einer Verbesserung des Geschäfts in den kommenden zwölf Monaten. Damit steigt der Saldo der Geschäftserwartungen um vier auf minus 18 Punkte. Besonders optimistisch blicken im Branchenvergleich die Unternehmen der pharmazeutischen Industrie in die Zukunft. Der Saldo steigt kräftig um 15 auf 16 Punkte. Im Gegensatz dazu trüben sich die Erwartungen in der Nahrungs- und Futtermittelindustrie etwas ein. Der Saldo sinkt um drei auf minus 19 Punkte. Leichte Verbesserungen, wenngleich auf sehr niedrigem Niveau, sind im Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe erkennbar. (Saldo von minus 23 nach zuvor minus 31 Punkte).

Das **Baugewerbe** blickt sehr pessimistisch auf die nächsten Monate. Die zuletzt leicht gesunkenen Bauzinsen führen bisher nicht zu einer wesentlichen Aufhellung der Aussichten. Das Zinsniveau ist immer noch hoch, genauso wie auch die Preise für bestimmte Baumaterialien wie beispielsweise Zement. Fast jedes zweite Unternehmen rechnet mit schlechteren Geschäften (44 Prozent nach zuvor 48 Prozent). Lediglich sechs Prozent (nach zuvor fünf Prozent) blicken noch optimistisch in die Zukunft. Der Saldo der Erwartungen verbessert sich damit nur geringfügig auf noch immer sehr niedrige 38 Punkte. Im Hochbau sorgt besonders der Einbruch bei den Baugenehmigungen für Wohnungen für Pessimismus. Das Risiko der Inlandsnachfrage liegt mit 63 Prozent (nach zuvor 64 Prozent) noch immer nahe am Allzeithoch von 65 Prozent. Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen liegt entsprechend mit 45 Punkten (zuvor minus 50 Punkten) weiterhin tief im negativen Bereich. Mit einem rückläufigen Geschäft rechnen auch Betriebe im Tiefbau (Saldo von minus 27 nach zuvor minus 37 Punkte) und im Ausbaugewerbe (Saldo von minus 33 nach zuvor minus 34 Punkte). Die Branche befindet sich damit weiterhin in der Krise.

Der **Handel** korrigiert seine bereits in der letzten Umfrage deutlich gefallenen Geschäftserwartungen nochmals geringfügig nach unten. Ein schwaches Konsumklima, hohe Kostenbelastungen und steigende Verunsicherung bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen drücken weiterhin die Stimmung von Kunden und Unternehmen der Branche selbst. Nur jedes zehnte Handelsunternehmen blickt optimistisch in die Zukunft (zehn Prozent nach zuvor elf Prozent). Zwei von fünf Betrieben (43 Prozent nach zuvor 42 Prozent) rechnen mit einer Verschlechterung ihrer Geschäfte. Der Saldo der Geschäftserwartungen sinkt damit um zwei auf minus 33 Punkte. Neben den weiterhin hohen Energie- und Rohstoffpreisen sind es bei den Einzelhändlern Sorge vor hohen Arbeitskosten, die die Erwartungen belasten. Das Geschäftsrisiko „Arbeitskosten“ klettert von Höchststand zu Höchststand – zuletzt auf 57 Prozent. Zudem geht die Branche trotz kräftiger nominaler Lohnsteigerungen noch nicht von einem baldigen Schub bei Konsumausgaben aus. Im Gegenteil nimmt das Geschäftsrisiko „Inlandsnachfrage“ sogar noch geringfügig zu (62 Prozent nach 61 Prozent). Der Saldo der Geschäftserwartungen sinkt im Einzelhandel daher von minus 27 auf minus 31 Punkte. Großhändler fürchten sogar noch häufiger einen Nachfragerückgang im Inland als die Einzelhändler (Geschäftsrisiko Inlandsnachfrage gleichbleibend bei 68 Prozent), da ihre Kunden aus der Industrie angesichts der konjunkturellen Schwächephase sich mit Bestellungen zurückhalten. Zudem erreicht das Risiko wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen einen neuen Höchststand (61 Prozent nach 53 Prozent). Der Saldo der Geschäftserwartungen bleibt unverändert bei minus 33 Punkten.

Im Vergleich zu den anderen Wirtschaftszweigen sind die Geschäftserwartungen im heterogenen **Dienstleistungssektor** noch am wenigsten eingetrübt. Allerdings überwiegt auch hier der Anteil der Pessimisten mit 31 Prozent (nach zuvor 30 Prozent) deutlich den Anteil der Optimisten mit 15 Prozent (nach zuvor 14 Prozent). Der Saldo bleibt damit unverändert bei minus 16 Punkten. Besonders düster bleibt der Ausblick beispielsweise im Gastgewerbe. Hohe Kosten für Energie und Vorleistungen, steigende Arbeitskosten und die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, machen den Betrieben weiterhin und zunehmend zu schaffen. Die Gästezahlen sind hingegen stabil und nahe am Vorkrisenniveau. Der Saldo der Geschäftserwartungen sinkt erneut von minus 32 auf minus 37 Punkte. Bei den Betrieben im Bereich Verkehr und Lagerei bietet sich ein ähnliches Bild. Hohe Kosten für Personal, aber auch Kraftstoff und die Erhöhung der LKW-Maut sorgen für eine anhaltend trübe Stimmung. Der Saldo der Geschäftserwartungen sinkt um einen auf minus 35 Punkte.

Etwas weniger pessimistisch sind die Geschäftserwartungen bei den unternehmensnahen Dienstleistern, allerdings gibt es auch hier keine breite Aufbruchstimmung. Der Saldo der Geschäftserwartungen bleibt nahezu unverändert bei minus sechs Punkten (zuvor minus sieben Punkte). Gegen den Negativtrend stemmen sich die Versicherer, sie profitieren vom höheren Zinsniveau. Die Erwartungen sind hier nicht nur überwiegend optimistisch, sie haben sich auch gegenüber der Vorumfrage deutlich verbessert (Saldo von 17 nach zuvor sieben Punkten).

Geschäftsrisiken der Unternehmen

In vielen Bereichen der Wirtschaft wächst der Problemdruck. Kaum ein Geschäftsrisiko nimmt in nennenswertem Maße ab. Nicht nur konjunkturelle Risiken, wie eine schwächelnde Nachfrage im Inland, setzen der Wirtschaft zu. Sondern auch und gerade strukturelle Probleme wie hohe Energie- und Rohstoffpreise, wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen oder der Fachkräftemangel bereiten den Betrieben weiterhin Sorgen. In der Umfrage stehen insgesamt acht verschiedene Geschäftsrisiken zur Auswahl. Davon werden schon fünf von mehr als der Hälfte der teilnehmenden Unternehmen als Risiko genannt. Im Schnitt benennt ein Unternehmen 3,1 verschiedene Risiken, das ist beinahe ein Höchstwert. In der Industrie sind es sogar 3,5 (Höchststand).

Die Energiepreise liegen derzeit zwar niedriger als noch vor einem Jahr, allerdings bewegen sie sich immer noch deutlich über dem Vorkrisenniveau. Auch in der langfristigen Preisperspektive ist von einem höheren Niveau auszugehen. Das spiegelt sich auch in den Geschäftsrisiken der Unternehmen wider. Insgesamt bleiben **Energie- und Rohstoffpreise** das am häufigsten genannte Geschäftsrisiko. Der Druck hat aber im Vergleich zur Vorumfrage geringfügig nachgelassen (60 Prozent nach zuvor 61 Prozent).

In der Industrie bewerten 70 Prozent der Betriebe Energie- und Rohstoffpreise als Geschäftsrisiko, das ist ebenfalls nur ein Prozentpunkt weniger als noch in der Vorumfrage im Herbst 2023. Besonders bei den energieintensiven Industrien¹ sehen über drei Viertel darin das Risiko Nummer eins. Hier steigt der Wert sogar wieder an (79 Prozent nach zuvor 77 Prozent). Anhaltend hohe Preise für Baumaterialien wie Zement, Gips, Bauholz oder Bitumen machen den Bauunternehmen weiterhin zu schaffen. Die Preise liegen noch immer über dem Vorkrisenniveau, wobei seit einigen Monaten teilweise eine Entspannung bei bestimmten Materialien zu beobachten ist. Entsprechend nennen mit 68 Prozent (nach zuvor 66 Prozent) immer noch überdurchschnittlich viele Bauunternehmen Energie- und Rohstoffpreise als Geschäftsrisiko. Damit liegen Energie- und Rohstoffpreise bei den Geschäftsrisiken im Baugewerbe weiterhin an erster Stelle, gefolgt vom Fachkräftemangel (62 nach 64 Prozent) und von den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (57 Prozent nach zuvor 48 Prozent). Bei den Händlern liegen die Energie- und Rohstoffpreise wie auch in der vergangenen Herbstumfrage auf dem zweiten Platz (61 Prozent nach 62 Prozent). Bei den in der Regel weniger energieintensiven Dienstleistern werden Energie- und Rohstoffpreise nur noch an dritter Stelle genannt (54 Prozent nach zuvor 55 Prozent).

TOP-Geschäftsrisiken nach Sektoren

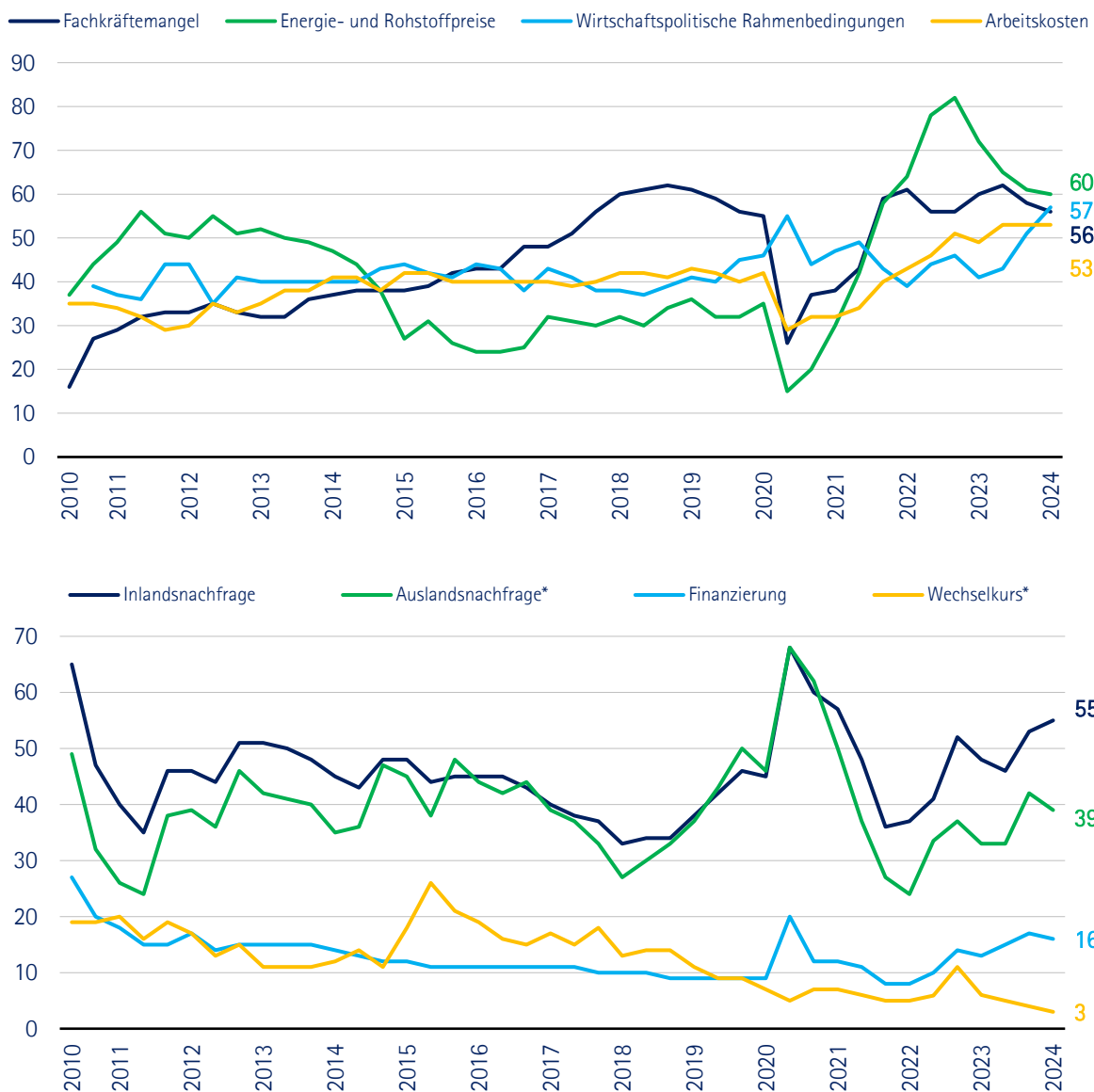
Anteil der Nennungen in Prozent; Mehrfachnennungen möglich, in Klammern Wert der Vorumfrage, **Allzeithoch**

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleistungen
1.	70% (71%) Energie- und Rohstoffpreise	68% (66%) Energie- und Rohstoffpreise	65% (65%) Inlandsnachfrage	58% (60%) Fachkräftemangel
2.	65% (64%) Inlandsnachfrage	62% (64%) Fachkräftemangel	61% (62%) Energie- und Rohstoffpreise	56% (51%) Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
3.	58% (51%) Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	57% (48%) Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	59% (52%) Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	54% (55%) Energie- und Rohstoffpreise
4.	56% (55%) Arbeitskosten	55% (58%) Inlandsnachfrage	53% (51%) Arbeitskosten	52% (52%) Arbeitskosten
5.	54% (57%) Fachkräftemangel	54% (52%) Arbeitskosten	49% (50%) Fachkräftemangel	47% (45%) Inlandsnachfrage

¹ Energieintensive Industriezweige: Chemische Industrie, Papiergewerbe, Kokereien und Mineralölverarbeitung, Metallherzeugung und -bearbeitung sowie Glas, Keramik und Steinerarbeitung (siehe dazu auch die [Definition des Stat. Bundesamts](#)).

Geschäftsrisiken für die Gesamtwirtschaft

Anteil der Nennungen in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Export-Industrie



Die **wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen** werden von den Unternehmen immer stärker als Belastung empfunden, und zwar in allen Branchen. Noch nie zuvor wurden sie so häufig als Geschäftsrisiko genannt wie in der aktuellen Umfrage (57 Prozent nach zuvor 51 Prozent). In drei von vier Hauptsektoren klettert der Wert auf ein Allzeithoch. Damit sind die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen derzeit auch das zweithäufigste Geschäftsrisiko. Das war zuletzt während des zweiten Lockdowns zu Jahresbeginn 2021 der Fall. Knapp 7.600 Unternehmen haben bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen von der Möglichkeit der Freitextantworten Gebrauch gemacht. Dabei ist das mit Abstand am häufigsten genannte Stichwort die „Bürokratie“. Etwa 41 Prozent der Freitextantworten beinhalten Bürokratie-Themen, in der Vorumfrage waren es noch „nur“ 38 Prozent. Weitere wirtschaftspolitische Risiken sehen die Unternehmen in Energie, Steuern, und Inflation.

Von den Unternehmen am häufigsten genannte Stichwörter bei der Beschreibung der wirtschaftlichen Risiken (Auswertung von rd. 7.600 Freitextantworten)



Die demografische Entwicklung sorgt dafür, dass selbst in der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Phase der **Fachkräftemangel** nur geringfügig abnimmt. Über die Hälfte der Unternehmen (56 Prozent nach zuvor 58 Prozent) geben Fachkräftemangel als Geschäftsrisiko an. Damit ist der Fachkräftemangel zwar „nur“ das dritthäufigste Geschäftsrisiko. Allerdings liegen die fünf größten Risiken ohnehin eng beieinander die Energie- und Rohstoffpreise werden mit 60 Prozent nur wenig häufiger genannt. Angesichts der Alterung der Gesellschaft wird der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften eine der wesentlichen strukturellen Herausforderungen für die Unternehmen in Zukunft bleiben. Im Dienstleistungssektor bleibt der Fachkräftemangel wie bereits in den letzten beiden Umfragen das am häufigsten genannte Risiko. Fast drei von fünf Betriebe sehen darin eine wesentliche Herausforderung (58 Prozent nach zuvor 60 Prozent). Auch für das Baugewerbe ist der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften zusammen mit den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen das zweitdrängendste Thema. Trotz schwacher Baukonjunktur klagen drei von fünf Unternehmen (62 Prozent nach zuvor 64 Prozent) über fehlende Fachkräfte. In der Industrie und im Handel tritt der Mangel an passendem Personal gegenüber anderen Geschäftsrisiken etwas in den Hintergrund und rangiert jeweils nur nach an fünfter Stelle (Industrie: 54 Prozent nach zuvor 57 Prozent; Handel: 49 Prozent nach zuvor 50 Prozent)

Die anhaltende konjunkturelle Schwächephase, Zurückhaltung der Verbraucher beim Konsum und der Unternehmen bei Investitionen, lassen das Geschäftsrisiko der **Inlandsnachfrage** weiter auf einen überdurchschnittlichen Wert klettern (55 Prozent nach zuvor 53 Prozent; langjähriger Durchschnitt bei 46 Prozent). Im Handel ist die seit Monaten spürbare inflationsbedingte Konsumzurückhaltung der Verbraucher die Hauptsorge. Weiterhin nennen über zwei Drittel der Händler die Inlandsnachfrage als Geschäftsrisiko (unverändert zur Vorumfrage 65 Prozent). Angesichts des Abwärtstrends bei den Neuaufträgen im Verarbeitenden Gewerbe sehen auch fast zwei von drei Industriebetrieben darin eine Gefahr für ihr Geschäft (65 Prozent nach zuvor 64 Prozent). Trotz der noch immer hohen Bauzinsen und des Einbruchs im privaten Wohnungsbau nimmt im Baugewerbe das Risiko Inlandsnachfrage auf hohem Niveau leicht ab (55 Prozent nach zuvor 58 Prozent). Im Hochbau melden die Betriebe hier allerdings mit 63 Prozent (nach zuvor 64 Prozent) nahezu einen Höchststand. Im Dienstleistungssektor ist die Sorge vor rückläufiger Nachfrage im Sektorenvergleich am geringsten ausgeprägt, wengleich auch hier das Geschäftsrisiko weiter von 45 Prozent auf 47 Prozent zunimmt.

Die Weltwirtschaft hat sich bisher resilienter gezeigt als befürchtet. Das schlägt sich auch im Risiko **Auslandsnachfrage** nieder. 39 Prozent der exportorientierten Industrie befürchten rückläufige Aufträge aus dem Ausland, das sind drei Prozentpunkte weniger als im Herbst 2023 und liegt genau im langjährigen Durchschnitt.

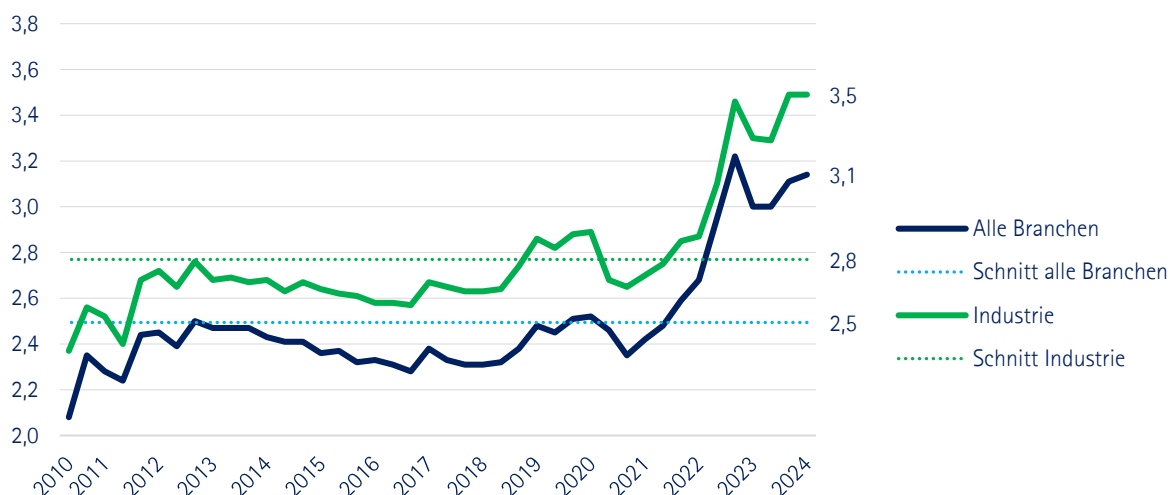
Aufgrund der gestiegenen Verbraucherpreise und der damit verbundenen Sorge vor einer Preis-Lohn-Spirale sowie wegen des anhaltenden Fachkräftemangels nennen über die Hälfte der Unternehmen (unverändert zur Vorumfrage 53 Prozent, Höchststand) **Arbeitskosten** als Geschäftsrisiko. In allen vier Hauptsektoren ist mehr als jedes zweite Unternehmen über die Entwicklung der Arbeitskosten besorgt.

Mit dem im Zuge der Inflationsbekämpfung gestiegenen Zinsniveau nennen überdurchschnittlich viele Unternehmen den Zugang zu Finanzierung als Risikofaktor (16 Prozent nach zuvor 17 Prozent; langjähriger Schnitt bei 13 Prozent). Immerhin spiegelt sich in dem leichten Rückgang im Vergleich zur Vorumfrage auch das vorläufige Ende der Zinsanhebungen der EZB wider. Besonders betroffen sind nach wie vor wegen hoher Bauzinsen Unternehmen aus der Immobilienwirtschaft und aus dem Hochbau (38 Prozent nach 41 Prozent bzw. 32 Prozent nach 35 Prozent) sowie auch Energieversorger (31 Prozent nach 37 Prozent).

Die Reaktionen der Zentralbanken in wichtigen Währungsräumen und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Wechselkurse, haben zu einer Entspannung beim **Wechselkursrisiko** geführt. Nur drei Prozent der exportierenden Industrieunternehmen sehen ernstzunehmende Wechselkursrisiken für ihr Geschäft. Das liegt deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von zwölf Prozent.

DIHK-Risiko-Indikator

Anzahl der genannten Geschäftsrisiken (8 Risiken stehen zur Auswahl, Mehrfachnennungen möglich)



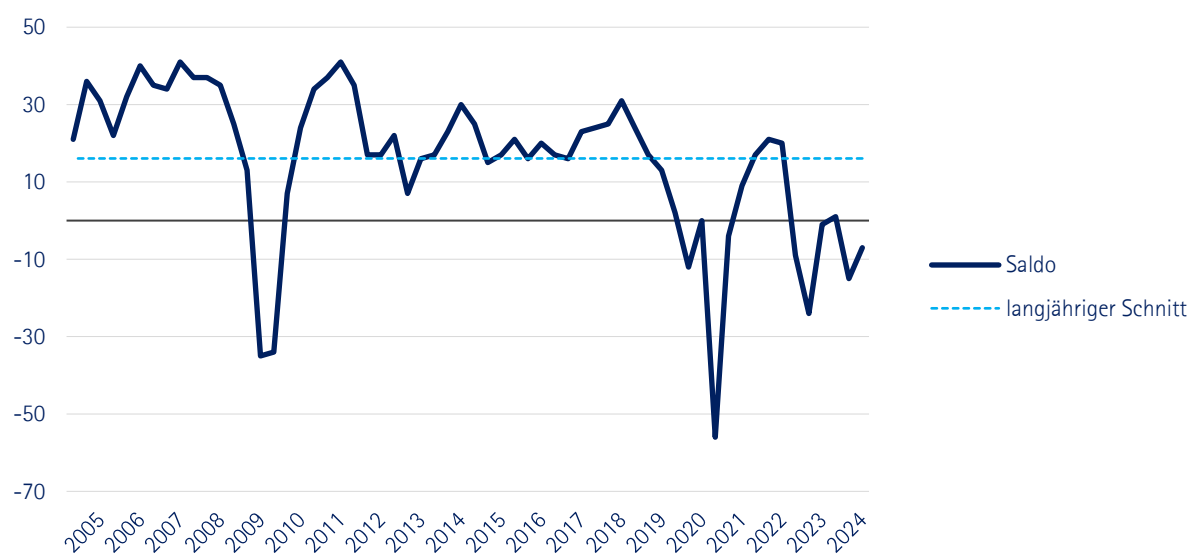
* In jeder Welle der DIHK-Konjunkturumfrage werden die acht folgenden Geschäftsrisiken abgefragt: Inlandsnachfrage, Auslandsnachfrage, Fachkräftemangel, Arbeitskosten, Energie- und Rohstoffpreise,

Exportwartungen der Industrieunternehmen

Für das Jahr 2024 bewegen sich die Exportwartungen der Industrieunternehmen weiterhin auf niedrigem Niveau. Aber immerhin verbessern sich in den meisten Branchen die Einschätzungen: 28 Prozent der Unternehmen rechnen in den kommenden zwölf Monaten mit sinkenden Ausfuhren (Herbst 2023: 33 Prozent). Jedes fünfte Unternehmen (21 Prozent, Herbst 2023: 18 Prozent) erwartet steigende Ausfuhren. Mehr als die Hälfte der Unternehmen (51 Prozent) erwartet ein stabiles Auslandsgeschäft (Herbst 2023: 49 Prozent). Der Saldo aus höheren und geringeren Exportwartungen steigt um acht Punkte von minus 15 auf minus sieben Punkte – und ist noch deutlich vom langjährigen Schnitt von 16 Punkten entfernt.

Exportwartungen der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)

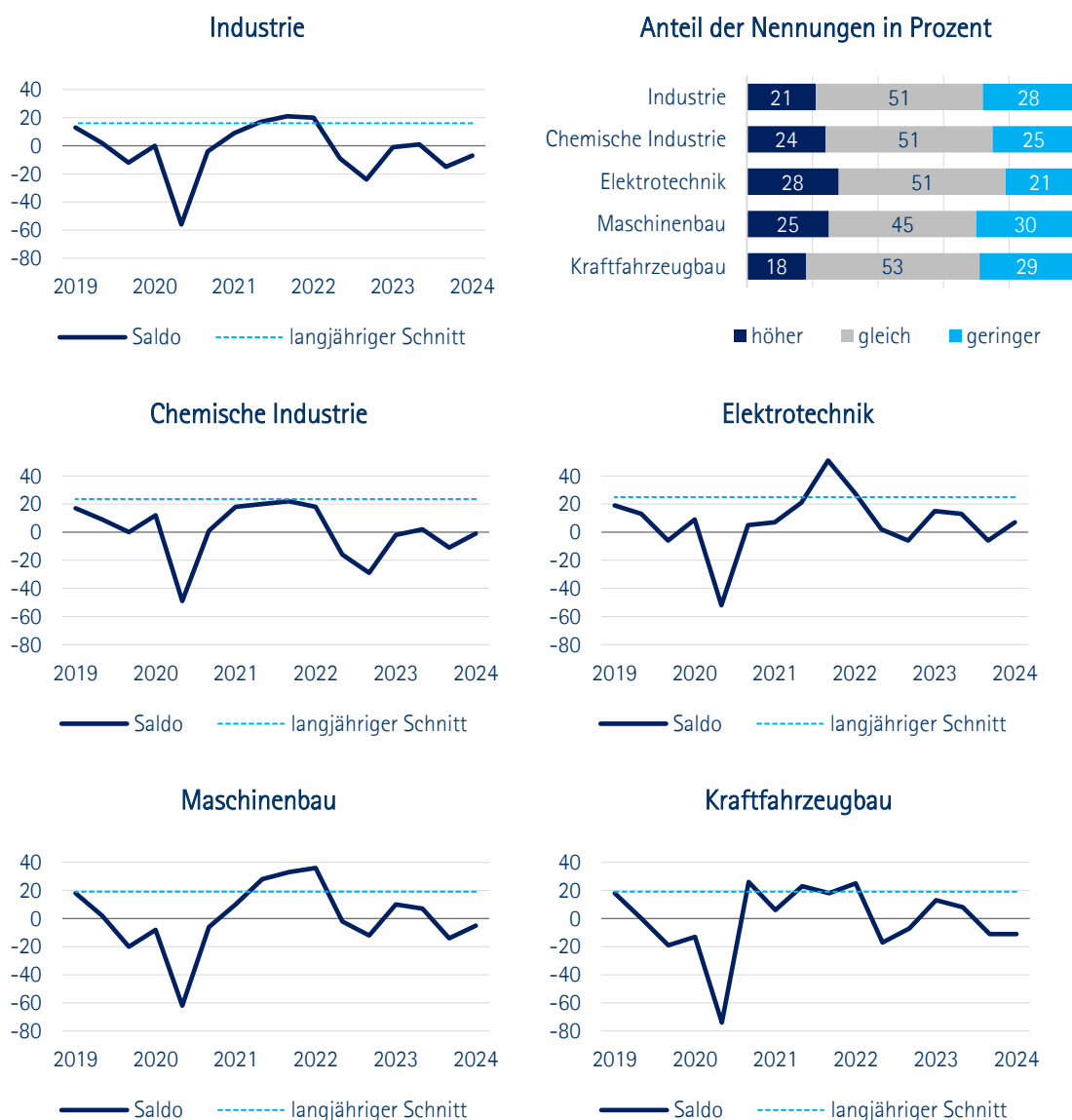


Die Weltwirtschaft hat sich angesichts der Krisen der vergangenen Jahre resilient entwickelt. Das weltwirtschaftliche Umfeld ist allerdings weiterhin von Unsicherheit geprägt. Noch dämpfen hohe Inflationsraten und damit ein hohes Zinsniveau in wichtigen Absatzmärkten der deutschen Exporteure die Nachfrage. 39 Prozent der Unternehmen sehen in einer geringen Auslandsnachfrage ein Risiko für ihre Geschäftsentwicklung in den kommenden zwölf Monaten und damit ähnlich viele wie in der Vorumfrage (Herbst 2023: 42 Prozent). Weiter rückläufige Inflationsraten sowie mögliche erste Zinssenkungen der europäischen und US-Notenbanken im Laufe des Jahres könnten jedoch einen positiven Impuls für die deutsche Außenwirtschaft darstellen. Gleichwohl sieht sich die Industrie weiterhin mit im internationalen Vergleich hohen Energiepreisen konfrontiert, die die Wettbewerbsfähigkeit schwächen. Hinzu kommen Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung Chinas und geopolitische Risiken, nicht zuletzt die derzeit angespannte Sicherheitslage im Nahen Osten und im Roten Meer, deren Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft noch nicht vollständig abzuschätzen sind.

Sowohl Industriegüterproduzenten als auch Vorleistungsgüterproduzenten sowie Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten haben im Schnitt wieder bessere Erwartungen an ihr Auslandsgeschäft als im Herbst. Der Saldo verharrt allerdings in allen industriellen Hauptgruppen im negativen Bereich. Beim Blick auf die Größenklassen zeigt sich, dass der Anstieg der Exportwartungen insbesondere auf Unternehmen mit 1.000 oder mehr Beschäftigte zurückzuführen ist, die durch ihre internationale Diversifizierung grundsätzlich optimistischere Erwartungen für ihr Auslandsgeschäft haben. Mit einem Saldo von plus 23 Punkten sind sie deutlich zuversichtlicher als etwa kleine und mittelgroße Unternehmen bis 199 Beschäftigte (Saldo minus 12 Punkte).

Exportenerwartungen der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Aufgrund der zuletzt nachlassenden Aufträge aus dem Ausland und der schleppenden Industrieproduktion von wichtigen Handelspartnern wie die USA und China blicken die **Investitionsgüterproduzenten** noch immer überwiegend negativ auf die Entwicklung ihrer Ausfuhren. 26 Prozent der Unternehmen erwarten steigende Exporte, 27 Prozent rechnen mit geringeren Ausfuhren. Der Saldo aus höheren und geringeren Erwartungen steigt damit immerhin von minus sieben Punkten auf minus einen Punkt.

Kraftfahrzeugbauer und Maschinenbauer sind zwei der wichtigsten Exportbranchen der deutschen Wirtschaft. Sie sehen eine überwiegend negative Entwicklung ihres Auslandsgeschäfts. Im Gegensatz zur Mehrheit der Branchen haben sich die Exportenerwartungen im **Kraftfahrzeugbau** im Vergleich zur Vorumfrage nicht verbessert, sondern stagnieren. Nachdem die Branche im vergangenen Jahr von stabileren Lieferketten und dem Abbau von bestehenden Aufträgen profitieren konnte, geht vom Ausland derzeit kein weiterer positiver Impuls aus. 18 Prozent der Unternehmen erwarten ein Exportwachstum, 29 Prozent erwarten sinkende Ausfuhren. Der Saldo der Branche stagniert bei minus elf Punkten. Der langjährige Schnitt liegt bei 13 Punkten. Die Erwartungen der **Maschinenbauer** verbessern sich hingegen. Jedes vierte Unternehmen erwartet steigende Exporte in den kommenden Monaten, 30 Prozent erwarten sinkende. Der Saldo verbessert sich auf minus fünf Punkte (Herbst 2023: minus 14 Punkte), liegt aber ebenfalls noch weit unter dem langjährigen Schnitt von 19 Punkten. Deutlich zuversichtlicher schätzen die **Hersteller von Elektrotechnik** ihr Auslandsge-

schäft ein, hier überwiegen die Unternehmen mit positiven Exporterwartungen solche mit negativen. 28 Prozent erwarten steigende Exporte, 21 Prozent sinkende. Der Saldo steigt von minus sechs auf plus sieben Punkte und dreht damit wieder in den positiven Bereich.

Auch wenn die **Vorleistungsgüterproduzenten** hinsichtlich ihrer Exporterwartungen weiterhin am pessimistischsten unter den industriellen Hauptgruppen sind, hat sich der Saldo im Vergleich zur Vorumfrage am deutlichsten verbessert. 18 Prozent der Unternehmen erwarten ein Exportwachstum, 30 Prozent rechnen mit geringeren Ausfuhren. Der Saldo steigt von minus 23 auf minus zwölf Punkte. In der **chemischen Industrie** halten sich Unternehmen mit steigenden und solche mit geringeren Erwartungen beinahe die Waage. Der Saldo verbessert sich gegenüber der Vorumfrage deutlich um zehn Punkte auf nunmehr minus einen Punkt, liegt damit aber noch weit unter dem langjährigen Schnitt von 24 Punkten. Noch immer setzen im internationalen Vergleich hohe Energiepreise die Unternehmen unter Druck. In der **Gummi- und Kunststoffindustrie** erwarten 19 Prozent steigende Exporte, 31 Prozent geringere. Der Saldo steigt von minus 20 auf minus zwölf Punkte und verharrt damit im negativen Saldobereich. Der langjährige Schnitt liegt bei 13 Punkten. Noch pessimistischer blicken die **Metallerzeugungs- und bearbeitungsbetriebe** auf ihr Auslandsgeschäft: Der Saldo steigt von minus 27 auf lediglich minus 21 Punkte.

Aufgrund der Erwartungen über sinkende Inflationsraten im Ausland verbessern sich die Exporterwartungen der **Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten** leicht: Ein Fünftel der Unternehmen (19 Prozent) erwarten höhere Exporte, 24 Prozent rechnen mit geringeren Ausfuhren in den kommenden zwölf Monaten. Der Saldo steigt von minus neun auf minus fünf Punkte. Überdurchschnittlich positiv im Vergleich zur gesamten Industrie zeigt sich die **pharmazeutische Industrie**. Während 39 Prozent mit steigenden Ausfuhren rechnen, erwarten lediglich acht Prozent einen Rückgang. Der Saldo steigt von sechs auf 31 Punkte und liegt damit nur noch knapp unter dem langjährigen Schnitt von 33 Punkten. Keine andere Branche hat derzeit einen optimistischeren Blick auf ihr Auslandsgeschäft.

Investitionsabsichten der Unternehmen

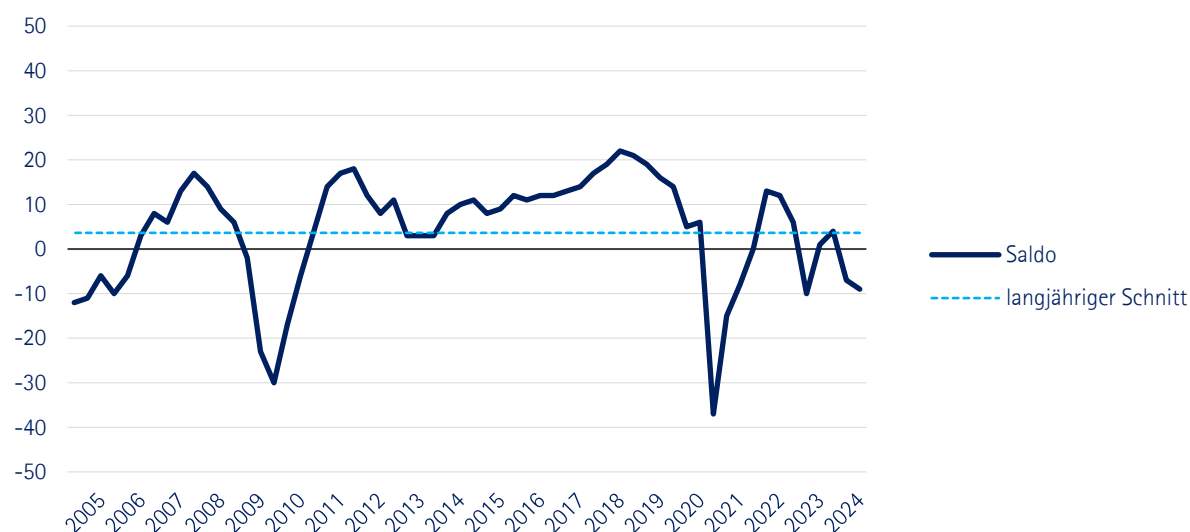
Eine schwache Inlandnachfrage, hohe Kosten für Energie, Kapital und Personal, aber auch überbordende Bürokratie dämpfen die Investitionsabsichten der Unternehmen hierzulande. Insgesamt geben mittlerweile ein Drittel (33 Prozent nach zuvor 31 Prozent) an, Investitionen verringern zu wollen, und nur ein knappes Viertel (gleichbleibend 24 Prozent) plant, seine Investitionsabsichten zu erhöhen. Der Saldo der Investitionsabsichten sinkt im Vergleich zum Herbst 2023 erneut um zusätzliche zwei auf minus neun Punkte.

Großunternehmen ab 1.000 Beschäftigte planen noch überwiegend mit einer Ausweitung ihre Investitionen. Der Saldo der Investitionsabsichten verharrt bei acht Punkten. Bei KMU mit weniger als 200 Beschäftigten rutscht hingegen der Saldo weiter ins Minus (minus zwölf Punkte nach zuvor minus neun Punkte).

Die anhaltende Investitionsschwäche zeigt sich auch in den Investitionsmotiven. So wird das Motiv der Kapazitätsausweitung immer seltener genannt und liegt mit 20 Prozent (nach zuvor 21 Prozent) auch deutlich unter seinem langjährigen Durchschnitt (26 Prozent). Stiegen in den vergangenen fünf Jahren die Investitionen in den Umweltschutz kontinuierlich an, setzt sich nun eine rückläufige Tendenz fort. Zum zweiten Mal in Folge sinkt der Anteil der Unternehmen, deren Investitionsmotiv im Umweltschutz liegt, auf 25 Prozent (zuvor 27 Prozent). Lediglich der Anteil der Unternehmen, die in Produktinnovationen investieren wollen, nimmt erfreulicherweise wieder leicht zu (auf 28 Prozent nach zuvor 27 Prozent). Am häufigsten genannt und auf einem neuen Allzeithoch liegt jedoch der Ersatzbedarf als Motiv (67 Prozent nach zuvor 65 Prozent).

Investitionsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)

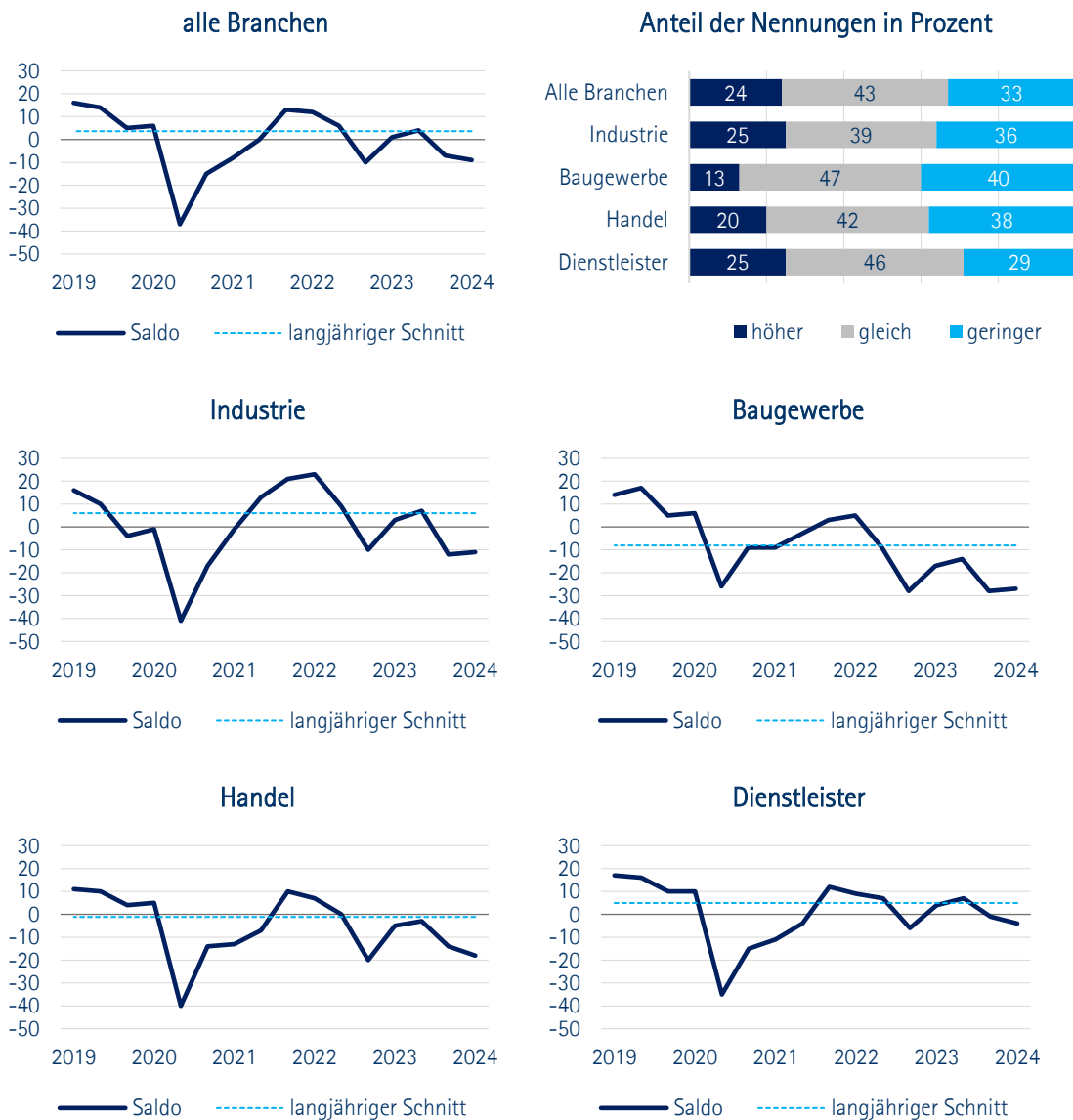


Die **Risiken für die Geschäftsentwicklung werden auch vielfach zu Investitionshemmnissen**. Unternehmen, die in der Inlandnachfrage ein Geschäftsrisiko sehen, weisen einen deutlich niedrigeren Investitionssaldo auf (minus 22 Punkte) auf als der Schnitt der gesamten Wirtschaft (minus neun Punkte). Die Investitionsabsichten von Unternehmen, die sich um Energie- und Rohstoffpreise, Arbeitskosten oder wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen sorgen sind im Vergleich zur Gesamtwirtschaft ebenfalls deutlich geringer (Saldo von minus 16 bzw. minus 15 bzw. minus 16 Punkte).

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen entwickeln sich dabei immer stärker zu einer Bremse für Investitionen. Unternehmen, die darin ein Risiko sehen, beabsichtigen mit 39 Prozent deutlich häufiger, ihre Investitionen herunterzuschrauben, als Unternehmen, die dieses Risiko nicht benannt haben. Letztere beabsichtigen eine Reduktion nur zu 29 Prozent. Das ist ein Unterschied von zehn Prozentpunkten. Noch vor der Pandemie war der Unterschied mit rund zwei Prozentpunkten vergleichsweise gering. Das bedeutet, dass Unternehmen derzeit deutlich eher ihre Investitionen wegen hemmender wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen heruntersetzen als noch vor wenigen Jahren.

Investitionsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Die gedrückte Stimmung in der **Industrie** und die überwiegend negativen Erwartungen führen zu anhaltend niedrigen Investitionsplänen der Unternehmen. Unverändert zur Vorumfrage im Herbst müssen 36 Prozent der Industriebetriebe ihre Investitionen zurückfahren, nur ein Viertel (25 Prozent nach zuvor 24 Prozent) plant expansiv. Der Saldo der Investitionsabsichten steigt nur geringfügig um einen auf minus elf Punkte, das liegt deutlich unter dem langjährigen Schnitt von sechs Punkten. Besonders bei den Herstellern von Vorleistungsgütern dominieren die Betriebe mit restriktiven Investitionsplänen. Der Saldo verharrt bei minus 21 Punkten. Geringfügige Besserung gibt es bei den Ge- und Verbrauchsgüterherstellern – der Saldo steigt um einen auf minus sechs Punkte. Bei den Investitionsgüterherstellern sinkt der Saldo allerdings auf den niedrigsten Stand seit dem Beginn der Coronapandemie im Frühsommer 2020 (Saldo sinkt um zwei auf minus zehn Punkte).

Auch die Motivlage der Unternehmen zeigt, dass die Industrie derzeit nicht auf Expansion ausgerichtet ist: Der Fokus der Unternehmen liegt auf einem Ersatzbedarf, der Wert steigt mit 67 Prozent auf einen Rekordstand. Weiter in den Hintergrund treten hingegen Motive wie Umweltschutz (34 Prozent nach zuvor 36 Prozent) und die Kapazitätsausweitung (22 Prozent nach zuvor 24 Prozent). Besonders deutlich fällt diese Zurückhaltung bei Investitionen in der Chemischen und in der Gummi- und Kunststoffindustrie aus: Während das Motiv Ersatzbedarf auf Höchstwerten liegt (67 Prozent bzw. 71 Prozent), liegt das Motiv der Kapazitätsausweitung auf einem Rekordtiefstand (20 Prozent bzw. 19 Prozent).

Im deutlichen Gegensatz dazu stehen die **Energieversorger**. Die Branche investiert massiv. Der Saldo der Investitionsabsichten steigt mit 58 Punkten (nach zuvor 54 Punkten) auf ein neues Rekordniveau. Die Motive Kapazitätsausweitung und Umweltschutz klettern auf neue Höchststände (56 Prozent nach 52 Prozent bzw. 60 Prozent nach 58 Prozent)

Auch im **Dienstleistungssektor** trübt sich das Investitionsklima weiter ein. Während etwa ein Viertel der Unternehmen (25 Prozent nach zuvor 26 Prozent) mit einer Erhöhung des Investitionsbudgets plant, nimmt der Anteil der Unternehmen, die Investitionen kürzen müssen, auf 29 Prozent zu (nach zuvor 27 Prozent). Der Saldo der Investitionsabsichten sinkt damit leicht um drei auf minus vier Punkte. Der pessimistische Geschäftsausblick in der Industrie wirkt sich auch deutlich negativ auf die Investitionspläne bei Unternehmen im Bereich Leasing/Vermietungsdienstleistungen aus. Der Saldo sackt von minus vier auf minus 19 Punkte ab. Bei den Motiven lässt sich im Dienstleistungssektor feststellen, dass insgesamt die Motive Umweltschutz und Kapazitätsausweitung etwas zurückgehen (22 Prozent nach 24 Prozent bzw. 19 Prozent nach 20 Prozent). Dafür nimmt das Motiv der Produktinnovation leicht zu (29 Prozent nach 28 Prozent). Besonders deutlich fällt der Schub dabei bei den IT-Dienstleistern aus. Hier steigt die Produktinnovation mit 55 Prozent (zuvor 51 Prozent) auf einen überdurchschnittlichen Wert (Schnitt bei 51 Prozent).

Die Investitionspläne im **Handel** setzen ihren Abwärtstrend fort. Mittlerweile wollen 38 Prozent ihre Investitionen zurückfahren (nach zuvor 35 Prozent), während nur noch ein Fünftel (20 Prozent nach 21 Prozent) ihre Investitionen ausweiten wollen. Der Saldo der Investitionsabsichten sinkt folglich um vier auf minus 18 Punkte.

Im **Baugewerbe** halten sich die Betriebe mit Investitionen angesichts der pessimistischen Geschäftserwartungen und der schlechten Auftragslage weiterhin zurück. Zwei von fünf Betrieben müssen ihre Investitionspläne reduzieren (gleichbleibend 40 Prozent). Lediglich 13 Prozent (nach zuvor zwölf Prozent) rechnen mit einer Erhöhung. Im Saldo steigen die Investitionsabsichten damit lediglich geringfügig um einen auf minus 27 Punkte. Besonders unterdurchschnittlich fällt der Saldo dabei im Hochbau aus (Saldo von minus 32 nach zuvor 37 Punkte). Dort verharrt auch das Investitionsmotiv Kapazitätsausweitung mit gleichbleibend zwölf Prozent deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 19 Prozent.

Hauptmotive für Investitionen im Inland

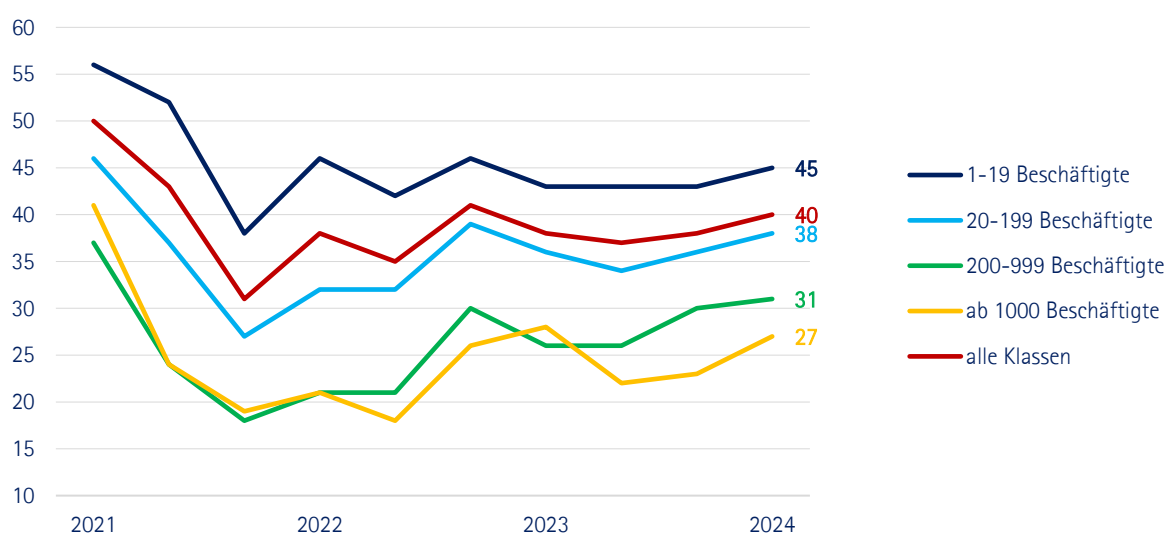
(in Prozent; Mehrfachantworten sind möglich, in Klammern Wert der Vorumfrage)

	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätsausweitung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Alle Branchen	32 (33)	28 (28)	20 (19)	25 (24)	67 (67)
Industrie	43 (44)	32 (33)	22 (22)	34 (32)	67 (66)
Baugewerbe	23 (23)	19 (16)	16 (14)	19 (19)	80 (83)
Handel	31 (32)	23 (24)	19 (19)	21 (20)	65 (65)
Dienstleistungen	28 (29)	29 (29)	19 (18)	22 (21)	66 (67)

Aktuelle Finanzierungssituation der Unternehmen

Eine schwache Geschäftslage, weiterhin hohe Zinsen und eine restriktivere Kreditvergabe der Finanzinstitute führen dazu, dass sich die Finanzlage der Unternehmen leicht verschlechtert hat. 60 Prozent der Unternehmen weisen zwar eine unproblematische Finanzlage auf. Zwei von fünf Betriebe (40 Prozent nach 38 Prozent im Herbst 2023) schätzen hingegen ihre Finanzlage als problematisch ein. Das ist eine ähnliche Bewertung wie im Herbst 2022 zum Höhepunkt der Verunsicherung durch die Folgen des Ukraine-Krieges und der Versorgungssicherheit bei Energie und damit der Aufrechterhaltung der Produktion in vielen Wirtschaftsbereichen.

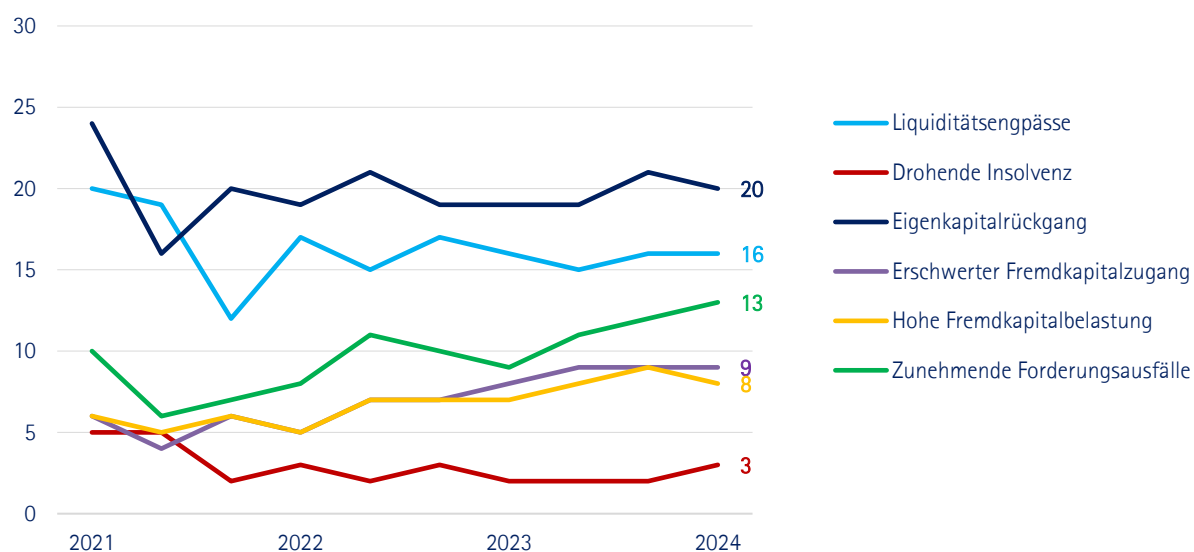
Anteil der Unternehmen mit problematischer Finanzlage nach Beschäftigtengrößenklasse (in Prozent)



Am häufigsten Probleme bereitet nach wie vor der Eigenkapitalrückgang (20 nach zuvor 19 Prozent). Der Anteil von Unternehmen, die von Liquiditätsengpässen berichten, ist mit 16 Prozent weiterhin bedeutend. Stärker zugenommen hat der Anteil der Unternehmen, die sich Forderungsausfällen gegenübersehen (13 nach zuvor elf Prozent). Der Anteil der Betriebe, denen bereits eine hohe Fremdkapitalbelastung zu schaffen macht, sinkt leicht um einen auf acht Prozent. Neun Prozent der Unternehmen berichten über einen erschwerten Zugang zu Fremdkapital. Vor dem Hintergrund zunehmender Schwierigkeiten bei der Unternehmensfinanzierung hat die Anzahl der Unternehmen, die sich von Insolvenz bedroht sehen, leicht zugenommen (drei nach zuvor zwei Prozent).

Während der Befund, dass kleinere Unternehmen sich einer kritischeren Finanzlage gegenüberstehen, im Zeitablauf unverändert bleibt, sind es zu Jahresbeginn vor allem große Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten, deren Finanzlage zwar im Vergleich der Größenklassen noch am besten ist, sich aber merklich im Vergleich zum Herbst 2023 verschlechtert hat. Nun schon 27 Prozent dieser Betriebe meldet mindestens ein Problem bei ihrer Finanzlage. Die Probleme umfassen das gesamte Set an Beeinträchtigungen – von vermehrten Liquiditätsengpässen über mehr Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Fremdkapital, steigende Zinslasten, höhere Forderungsausfälle, schwindendes Eigenkapital bis zur Zunahme einer drohenden Insolvenz. In den kleinen Unternehmen mit bis zu 19 Beschäftigten sind mit 45 Prozent bald jeder zweite Betrieb von Finanzierungsschwierigkeiten betroffen. Vor allem der Eigenkapitalrückgang (25 Prozent) und Liquiditätsengpässe (19 Prozent) sind für die kleinen Unternehmen weiterhin eine Herausforderung.

Folgende Finanzprobleme belasten die Unternehmen (in Prozent, Mehrfachnennung möglich)



Die aktuelle Finanzlage der Unternehmen ist geprägt von ...

Auswertung nach Unternehmensgrößenklasse, Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich

	1-19 Beschäftigte	20-199 Beschäftigte	200-999 Beschäftigte	ab 1000 Beschäftigte	alle Klassen
Liquiditätsengpässe	19	15	10	11	16
Drohende Insolvenz	4	2	0	2	3
Eigenkapitalrückgang	25	18	12	10	20
Erschwerter Fremdkapitalzugang	9	8	10	10	9
Hohe Fremdkapitalbelastung	7	9	10	10	8
Zunehmende Forderungsausfälle	13	13	11	11	13
Unsere Finanzlage ist unproblematisch	55	62	69	73	60
Unsere Finanzlage ist problematisch	45	38	31	27	40

Ein Blick in die einzelnen **Wirtschaftszweige** zeigt, dass in der **Industrie** trotz der im Vorjahresvergleich gesunkenen Energiepreise und abnehmender Materialengpässe der Anteil der Betriebe mit einer problematischen Finanzlage von 36 Prozent auf 39 Prozent zugenommen hat. Liquiditätsengpässe (17 nach zuvor 16 Prozent), Eigenkapitalrückgang (18 nach zuvor 16 Prozent), ein erschwerter Fremdkapitalzugang (zehn nach zuvor neun Prozent) und steigende Forderungsausfälle (elf nach zuvor zehn Prozent) lasten auf den Betrieben.

Besonders der schwierigere Zugang zu Fremdkapital und eine steigende Belastung durch höhere Zinsen zieht sich durch nahezu alle Industriebranchen. Dies korrespondiert mit dem Rückgang des Firmenkreditgeschäfts und den verschärften Kreditvergabebedingungen der Banken. Die Investitionen und der laufende Betrieb in der Industrie sind stärker als die anderen Wirtschaftszweige von einer langfristig stabilen und günstigen Energieversorgung angewiesen. Die hier vorherrschende Unsicherheit wirkt sich nicht nur auf die Investitionsvorhaben selbst, sondern auch auf die Bewertung durch die Kreditinstitute aus. Dazu kommen mehr und mehr potenzielle regulatorische Anforderungen an die Kreditwirtschaft im Hinblick auf klimaneutrale Portfolios. Gerade Transformationsfinanzierungen, die heute noch nicht unter die Taxonomie fallen, haben es im aktuellen Umfeld schwer, in die Bankbücher zu kommen, und zwar umso stärker, je langfristiger sie ausgerichtet sind.

Am deutlichsten hat sich die Finanzlage bei den **Ge- und Verbrauchsgüterherstellern** verdüstert (42 statt zuvor 37 Prozent). In der pharmazeutischen Industrie hat sich die Finanzlage – wengleich im Schnitt der Branchen immer noch gut – ebenfalls sehr deutlich verschlechtert: 26 nach zuvor 15 Prozent der Unternehmen berichten

Die aktuelle Finanzlage der Unternehmen ist geprägt von ...

Auswertung nach Branche, Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleister	alle Branchen
Liquiditätsengpässe	17	13	18	16	16
Drohende Insolvenz	2	2	3	3	3
Eigenkapitalrückgang	18	19	21	21	20
Erschwerter Fremdkapitalzugang	10	9	7	9	9
Hohe Fremdkapitalbelastung	9	8	9	8	8
Zunehmende Forderungsausfälle	11	14	14	12	13
Unsere Finanzlage ist unproblematisch	61	63	58	59	60
Unsere Finanzlage ist problematisch	39	37	42	41	40

über Probleme. Das gilt vor allem für eine steigende Fremdkapitalbelastung (acht nach zuvor zwei Prozent) und zunehmende Forderungsausfälle fünf nach zuvor einem Prozent). Das Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe spürt die schwächere Nachfrage im Handel besonders. Mittlerweile benennen 60 Prozent der Betriebe Finanzierungsprobleme (nach zuvor 43 Prozent). Forderungsausfälle (22 nach zuvor zehn Prozent) haben ebenso deutlich zugenommen wie Liquiditätsengpässe (25 nach zuvor 19 Prozent).

Aber auch bei den Vorleistungsgüterherstellern (39 nach 38 Prozent) und den Investitionsgüterproduzenten (37 nach 35 Prozent) berichten Unternehmen häufiger von einer problematischen Finanzlage als noch im Herbst 2023. Angesichts gesunkener Energiekosten hat sich die Bewertung bei energieintensiven Branchen wie der Metallerzeugung und -bearbeitung etwas aufgehellt (42 nach 45 Prozent), dennoch bleibt die Problemlast hier im Vergleich zu anderen Industriebranchen hoch. Die Unternehmen der Elektrotechnik berichten ebenfalls von einer leichten Entspannung (35 nach zuvor 37 Prozent), die Maschinenbauer hingegen von einer Verschlechterung der Finanzlage (36 nach zuvor 33 Prozent).

Die Gesamtbewertung der Finanzlage im **Baugewerbe** bleibt vor dem Hintergrund der schwierigen konjunkturellen Lage, gestiegener Zinsen, weiterhin hoher Preise für Baumaterialien und einer eingebrochenen Kreditvergabe vor allem bei Gewerbeimmobilien im Vergleich zum Herbst 2023 unverändert: 37 Prozent der Unternehmen berichten über eine problematische Finanzlage. Während sich die Bewertung im Hochbau angesichts der zahlreichen Stornierungen von Bauprojekten und zunehmenden Insolvenzen von Investoren nochmals verschlechtert hat – 41 Prozent der Betriebe berichten über eine schwierige Finanzlage – hat sich die Finanzlage der Tiefbauunternehmen deutlich verbessert: Nur noch 24 statt zuvor 31 Prozent berichten von Schwierigkeiten. Korrespondierend mit den Problemen der Hochbaubetriebe sehen sich auch mehr Unternehmen des Ausbaugewerbes mit Herausforderungen in der Unternehmensfinanzierung konfrontiert. Dominierend für alle Baubetriebe ist der Eigenkapitalrückgang (19 Prozent) sowie zunehmende Forderungsausfälle (14 nach zuvor zwölf Prozent).

Die weiterhin verhaltene Inlandsnachfrage, hohe Arbeits- und Energiekosten hinterlassen ihre Spuren in den Bilanzen des Handels. Im **Handel** ist deshalb der Anteil der Unternehmen mit einer angespannten Finanzlage gegenüber dem Herbst 2023 mit 42 Prozent erneut gestiegen. Die Schwierigkeiten erstrecken sich auf alle Problemlagen: Mehr Unternehmen als im Herbst berichten von Liquiditätsengpässen (18 nach zuvor 16 Prozent) und Eigenkapitalproblemen (21 nach zuvor 20 Prozent). Etwas ist auch der Anteil der Betriebe mit einer drohenden Insolvenz gestiegen (drei nach zuvor zwei Prozent). Zusammen mit dem Bau ist der Handel der Wirtschaftszweig mit den höchsten Forderungsausfällen (14 Prozent). Der Großhandel und die Handelsvermittlung, als Drehscheibe zwischen Produzenten und Abnehmern, spürt diese Probleme besonders schnell. Bereits fast jedes fünfte Unternehmen macht die Erfahrung von zunehmend ausfallenden Forderungen (18 Prozent).

Das zurückhaltende Verbraucherverhalten sowie die Verunsicherung über zukunftsfähige Geschäftskonzepte im Spielfeld von stationären und Online-Handel lässt im Einzelhandel den Anteil der Unternehmen, die über Liquiditätsengpässe berichten, auf einem Niveau von 22 verharren. Der Anteil derer, die sich einem Eigenkapitalrückgang gegenübersehen, nimmt sogar noch einmal auf 27 Prozent zu.

Nach einer kurzen Verschnaufpause im Herbst 2023 haben sich auch die Finanzierungsbedingungen der überwiegend kleinen und mittelgroßen **Dienstleister** wieder eingetrübt. Nunmehr sind es 41 Prozent der Unternehmen, die von Problemen berichten. Vor allem die Gastronomie spürt den hohen Kostendruck im Wareneinkauf und bei den Arbeits- und Energiekosten. Nunmehr schon 60 Prozent (nach 58 Prozent zuvor) sehen sich mit Finanzierungsproblemen konfrontiert. Eine deutliche Zunahme der Unternehmen, die über Liquiditätsengpässe (26 nach zuvor 22 Prozent) berichten, trifft auf einen unverändert hohen Anteil an Unternehmen mit einem Eigenkapitalrückgang (42 Prozent). Deshalb steigt der Anteil der Betriebe, die sich von einer Insolvenz bedroht sehen (sieben nach zuvor fünf Prozent). Im Vergleich dazu stehen Branchen wie die Kultur- und Kreativwirtschaft besser da – die verbesserte Lageeinschätzung trägt dazu bei, dass der Anteil von Unternehmen, die über Finanzierungsprobleme berichten, leicht sinkt (38 nach zuvor 39 Prozent). Die anhaltende Reiselust und die stabile Lageentwicklung tragen auch zu einer stabilen Finanzierungssituation bei den Reisevermittlern bei: unverändert ein Drittel der Betriebe berichtet von Problemen. Hier ist es vor allem der in der Corona-Pandemie aufgebaute Eigenkapitalrückgang, der immer noch rund ein Viertel der Unternehmen beschäftigt.

Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

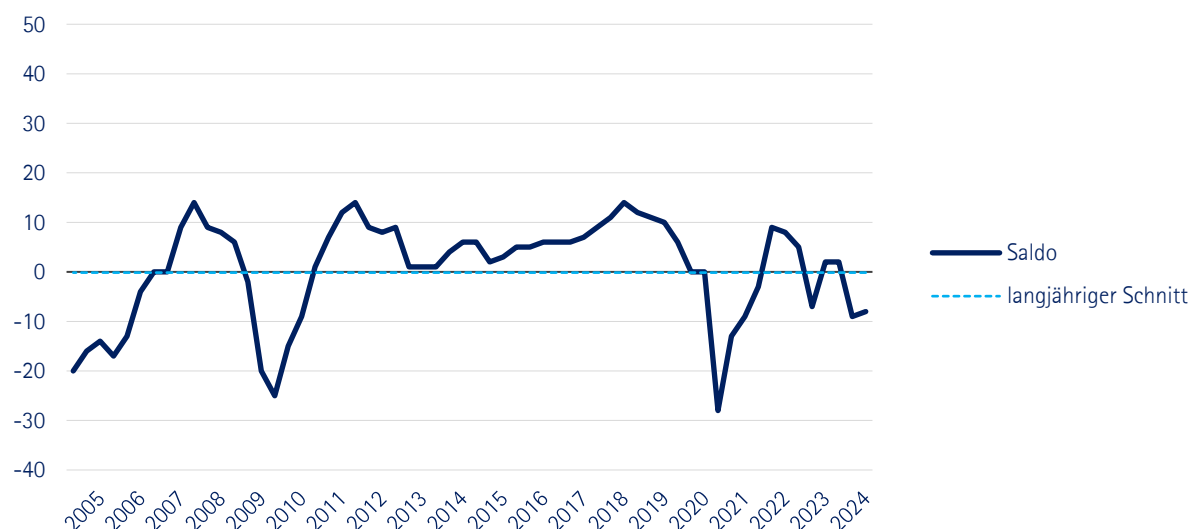
Die Einstellungsabsichten der Unternehmen bleiben vor dem Hintergrund der weiter eingetrübten Konjunktur gegenüber der Vorumfrage (Herbst 2023) nahezu unverändert zurückhaltend. So wollen 14 Prozent mehr Personal einstellen (zuvor 13 Prozent), während gleichbleibend 22 Prozent von weniger Beschäftigten ausgehen müssen. Der resultierende Saldo liegt mit minus acht Punkten weiter merklich unter dem langjährigen Durchschnitt von null Punkten, ist im Vergleich zum Herbst 2023 aber geringfügig um einen Punkt gestiegen. Verglichen mit der Vorjahresumfrage zeigt sich hingegen eine deutliche Verringerung um zehn Punkte. Dennoch kann die Arbeitsmarktentwicklung trotz schlechter Wirtschaftslage als insgesamt recht stabil betrachtet werden. Der Beschäftigungsaufbau der letzten Jahre verliert zwar an Dynamik, ein deutlicher Abbau ist allerdings noch nicht zu erkennen.

Allein in den Unternehmen mit 1.000 und mehr Beschäftigten wollen mehr Unternehmen Personal auf-, statt abbauen und es zeigt sich in dieser Größenklasse verglichen mit der Vorumfrage der deutlichste Anstieg der Einstellungspläne (Saldoanstieg von minus zwei auf einen Punkt). Dort plant jedes vierte Unternehmen mit mehr Personal. Der Fachkräftemangel ist für die Großunternehmen weiterhin das häufigste Geschäftsrisiko – er liegt mit 71 Prozent deutlich höher als in der Gesamtwirtschaft und vor den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (60 Prozent), den Energie- und Rohstoffpreisen (54 Prozent) sowie der Inlandsnachfrage (53 Prozent) in dieser Größenklasse. Sie stellen größenbedingt deutlich häufiger Personal ein als dies in kleinen Betrieben der Fall ist und sind daher sehr viel öfter mit Engpassproblemen konfrontiert.

In der **Industrie** gehen die Beschäftigungsabsichten weiter geringfügig zurück. Der Saldo verringert sich gegenüber der Vorumfrage um einen auf minus 13 Punkte – vor einem Jahr lag er noch bei plus vier Punkten. Mehr als jedes vierte Industrieunternehmen (gleichbleibend 26 Prozent) muss mit einem Personalabbau planen, während 13 Prozent von einem Aufbau ausgehen (14 Prozent in der Vorumfrage). Mit weniger Personal plant insbesondere die Automobilindustrie. So fällt der Saldo im Kraftfahrzeugbau drastisch um 19 auf minus 39 Punkte. Bei den Herstellern von Kfz-Teilen und -Zubehör geht der Saldo sogar um 26 auf minus 46 Punkte zurück. Der Strukturwandel hin zur Elektromobilität, die bezüglich der Produktion weniger personalintensiv ist, sowie der intensive internationale Wettbewerb machen sich in den Beschäftigungsabsichten bemerkbar. Auch bei Vorleistungsgüterproduzenten wie der Metallerzeugung und -bearbeitung (Saldo minus 26 Punkte nach zuvor minus 25), Glas, Keramik, Steinerarbeitung (Saldo minus 32 Punkte nach zuvor minus 35 Punkte) sowie der Gummi- und Kunststoffindustrie (Saldo minus 17 Punkte nach zuvor minus 25 Punkten) stehen die Zeichen auf Personalreduzierung. Dort schlagen nicht zuletzt die hohen Energiepreise zu Buche. Mit einem zum Teil merklichen Mitarbeiteraufwuchs planen dagegen die Energieversorger (Saldo 38 Punkte nach zuvor 41 Punkte) sowie die Pharmaindustrie (Saldo zehn Punkte nach zuvor 23 Punkte).

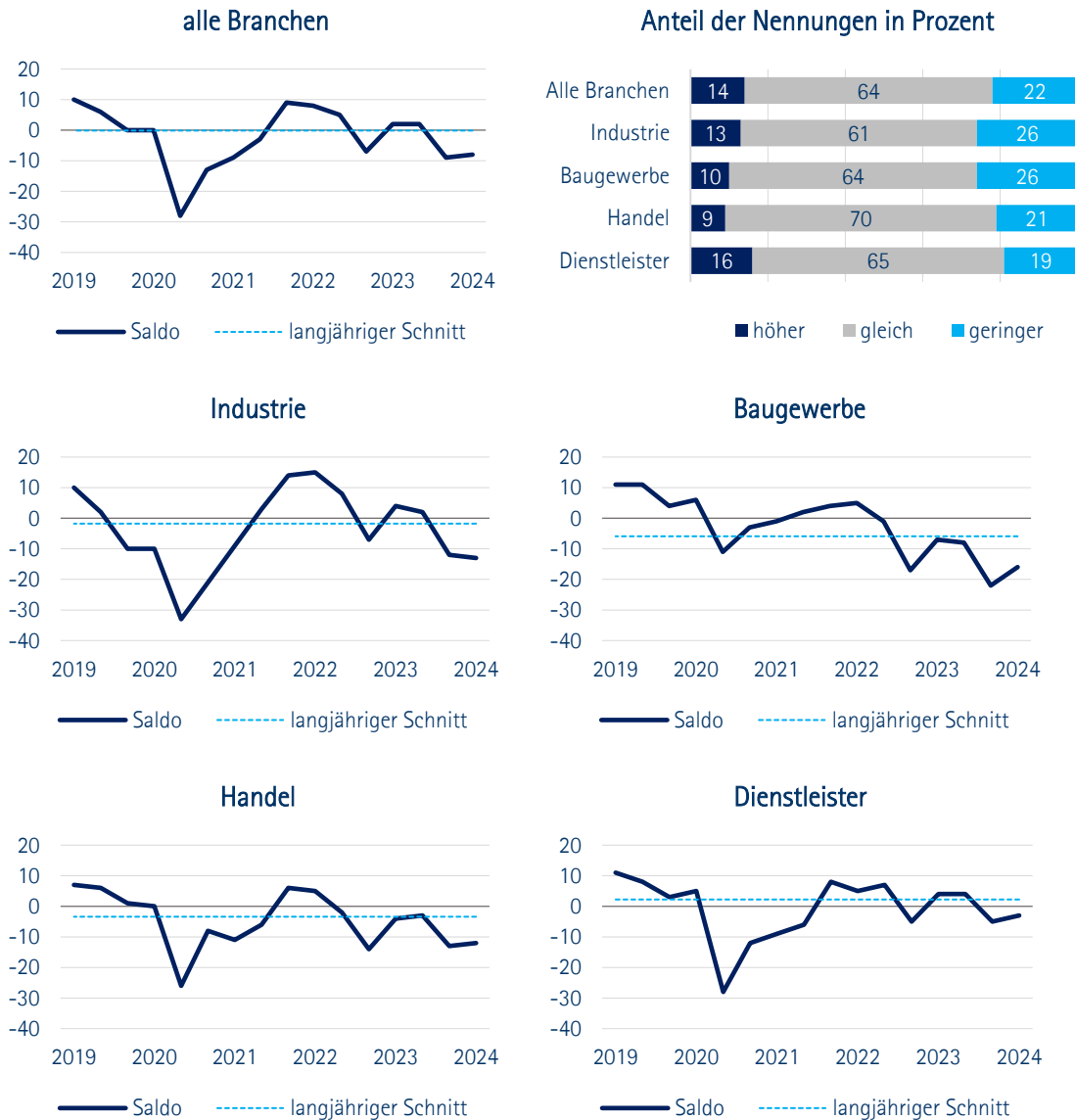
Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Auch in der **Bauwirtschaft** liegen die Beschäftigungspläne weiter deutlich im Minus, haben sich am aktuellen Rand jedoch gebessert. Der Saldo beträgt minus 16 Punkte (Vorumfrage: minus 22 Punkte); zehn Prozent der Betriebe planen mit mehr (zuvor sechs Prozent), 26 Prozent mit weniger Beschäftigten (zuvor 28 Prozent). Hohe Zinsen und Materialkosten kennzeichnen nach wie vor die Lage beim Bau, was sich in den Einstellungsabsichten niederschlägt. Der stockende Wohnungsbau ist davon besonders betroffen. Im Tiefbau sind die Pläne besser (Saldo minus ein Punkt) und liegen sowohl merklich über dem Niveau der Vorumfrage (Saldo minus elf Punkte) als auch der Vorjahresumfrage (Saldo minus zehn Punkte). Infrastrukturprojekte und Baumaßnahmen im Zuge der Digitalisierung (z.B. Glasfaserausbau) spielen dafür eine Rolle. Der Fachkräftemangel ist im Bau mit 62 Prozent das zweitgrößte und beim Tiefbau mit 71 Prozent das größte Geschäftsrisiko (zusammen mit den Energie- und Rohstoffpreisen). Etliche Betriebe besetzen Stellen nach, die durch das altersbedingte Ausscheiden von Mitarbeitenden frei werden, um bei wieder möglichen Aufträgen ausreichend Fachkräfte zur Verfügung zu haben.

Die Beschäftigungspläne im **Handel** steigen im Vergleich zur Vorumfrage geringfügig, bleiben aber auf geringem Niveau. Gleichbleibend neun Prozent der Betriebe wollen die Zahl ihrer Mitarbeitenden ausweiten, während 21 Prozent (nach zuvor 22 Prozent) mit weniger Personal rechnen müssen (Saldo minus zwölf Punkte; langjähriger Durchschnitt: minus drei Punkte). Insbesondere die geringe Konsumneigung infolge hoher Inflation drückt die Stimmung und damit die Personalplanung in den Betrieben des Handels (die Inlandsnachfrage ist im Handel mit

65 Prozent das größte Geschäftsrisiko). Verbessert haben sich hingegen die Einstellungspläne beim Handel mit gesundheitsbezogenen Gütern (von minus 17 auf minus zehn Saldopunkte), die i.d.R. weniger konjunktursensibel sind.

Auch bei den **Dienstleistungen** verbessern sich die Einstellungsabsichten geringfügig, liegen aber weiter unter dem langjährigen Durchschnitt (Saldo minus drei nach zuvor minus fünf Punkte; Durchschnitt: zwei Punkte). Sie liegen im Vergleich der Wirtschaftszweige auf dem höchsten Niveau. 16 Prozent der Unternehmen wollen ihre Beschäftigung ausweiten (zuvor 15 Prozent), 19 Prozent sehen sich zu einem Abbau gezwungen (zuvor 20 Prozent). Bei den wissensintensiven Dienstleistungen sind die Pläne im Gegensatz zur Gesamtwirtschaft positiv und haben gegenüber Herbst 2023 leicht zugenommen (von einem auf vier Saldopunkte). So planen beispielsweise IT-Dienstleister (Saldo 20 Punkte nach zuvor 15 Punkten) mit mehr Beschäftigung, wofür die fortschreitende Digitalisierung mit ausschlaggebend ist. Auch bei Rechts- und Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung (Saldo 22 Punkte nach zuvor 17 Punkten) sowie Forschung und Entwicklung (Saldo zwölf Punkte nach zuvor neun Punkten) liegen die Pläne im positiven Bereich – gleiches gilt für die Gesundheits- und Sozialdienstleister (Saldo gleichbleibend drei Punkte). Der Fachkräftemangel kann allerdings den geplanten Beschäftigungsaufbau oftmals erschweren, so nennen diesen beispielsweise 82 Prozent der Betriebe der Rechts- und Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung und 81 Prozent der Gesundheits- und Sozialdienstleister als Geschäftsrisiko.

Im Gastgewerbe haben sich hingegen die Einstellungspläne weiter reduziert (von minus 16 auf minus 17 Saldopunkte). Die hohen Kosten für die Betriebe hinterlassen Spuren: So sehen 82 Prozent in den hohen Energie- und Rohstoffpreisen und 71 Prozent in den Arbeitskosten Geschäftsrisiken. Im Verkehrssektor zeigt sich ein geteiltes Bild. Während im Personennahverkehr die Betriebe unter dem Strich einstellen wollen (Saldo ein Punkt), ist im Straßengüterverkehr eher mit einem Abbau zu rechnen (Saldo minus 29 Punkte). Mauterhöhung, hohe Treibstoffpreise und grenzüberschreitend intensiver Wettbewerb bedeuten für viele Betriebe im Straßengüterverkehr besondere Herausforderungen. Bei den Dienstleistern im Bereich Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften haben sich die Beschäftigungsabsichten gegenüber der Vorumfrage leicht erhöht (von minus acht auf minus fünf Punkte), liegen aber weiterhin klar unter der Vorjahresmarke (13 Punkte) sowie dem langjährigen Durchschnitt (21 Punkte). Die dortige Entwicklung kann ein Frühindikator am Arbeitsmarkt sein – die aktuelle Seitwärtsbewegung deutet auf die oben erwähnte nachlassende Dynamik hin.

DIHK-Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland
Veränderung gegenüber Vorjahr, in Prozent, preisbereinigt, verkettet

	2022	2023	DIHK-Prognose 2024
BIP	1,8	-0,3	-0,5
Private Konsumausgaben	3,9	-0,8	0,5
Konsumausgaben des Staates	1,6	-1,7	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	0,1	-0,3	-0,9
– Ausrüstungen	4,0	3,0	0,5
– sonstige Anlagen	-0,7	-0,6	2,0
– Bauten	-1,8	-2,1	-2,5
Export (Waren und Dienstleistungen)	3,3	-1,8	0,5
Import (Waren und Dienstleistungen)	6,6	-3,0	0,0
Erwerbstätige (Veränderung in Tausend)	+612	+333	+50
Verbraucherpreise	6,9	5,9	2,7